

# Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 6047 a.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößelstraße Nr. 16 b.  
Telephonruf Nr. 3892.

**Inserate**  
für die sechsgepaltenen Colonnellen oder deren Raum 80 Pf.  
Bei Wiederholungen Rabatt.

## Vor 25 Jahren.

Am 21. Oktober 1878 trat das Ausnahmegesetz gegen die sozialdemokratische Arbeiterpartei, das Sozialistengesetz, in Kraft und damit begann die Ära der tiefsten Erniedrigung Deutschlands, der finsternen Epoche der deutschen Geschichte. Die Attentate zweier Unzurechnungsfähiger hatten den äußeren Anstoß zu einem infamen Attentat der besitzenden und herrschenden Klasse auf die Arbeiterklasse gegeben, das wie noch nie ein Attentat die schrecklichsten und entsetzlichsten Wirkungen für viele Tausende ehrlicher und braver Männer, makelloser Bürger, schuldbloser Frauen und Kinder zur Folge hatte.

Das Mithren und Regen, Wünschen und Fordern der Arbeiter, der „Niederen“, der Ausgebeuteten und Unterdrückten war von jeher der besitzenden und herrschenden Klasse der ärgste Greuel, unter früheren Wirtschafts- und Herrschaftsformen sowohl wie unter der Herrschaft des Kapitalismus. Die Revolution von 1848 scheiterte in der Hauptsache an der Angst und dem Schrecken des Bürgertums wegen des fordernden Auftretens der Arbeiter, indem es zur Sicherung und Beschützung seines Eigentums und seines Profits unter die Bajonette der Reaktion flüchtete. Und aus demselben Grunde konnte 1849 Napoleon an die Spitze der Republik treten, wie 1851 die Republik erwidern und das neue Kaiserreich aufrichten. Das höchste Ideal des Bourgeois ist der Reichtum und Profit, und ist dieser von der Arbeiterklasse auch nur vermeintlich gefährdet, so ist er zu jeder Schandtat bereit.

Das bewies auch die deutsche Bourgeoisie mit der Schaffung des Sozialistengesetzes, das sein Dasein wohl in erster Linie dem rohen, gewalttätigen und bornierten Junker Bismarck, in zweiter Linie aber der nationalliberalen Partei, der Partei des Großkapitals, des Schlotjunkerturns verdankte, die „gemeingefährlichen, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen“, welche bisher noch immer die Etikette für jede Schandtat, die die Herrschenden gegen die Beherrschten ausführten, abgeben mußten, waren ja in den Augen derselben Seite noch immer nur dummes Zeug, Utopien, hinverbrannte Ideen, Torheiten, worüber sie sich bloß lustig machten. Die bloße theoretische Anstrengung einer neuen Gesellschaftsordnung wäre nichts als kindische Zukunftsmusik, worüber sich die Besitzenden noch nie aufgeregt haben. Was sie aber unmittelbar berührte, das war gerade die praktische, nicht utopistische Tätigkeit der sozialdemokratischen Arbeiter, das waren Bestrebungen, die kein objektiv Denkender und Urteilender als „gemeingefährlich“ bezeichnen kann: das waren die Bestrebungen der Arbeiter nach gewerkschaftlicher Agitation und Organisation, nach Beseitigung von Mißständen in Fabriken und Werkstätten, nach anständiger Behandlung von Seite der Vorgesetzten, nach Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung, nach freier Zeit und ausreichendem Einkommen, nach Luft und Licht, nach dem Blau an der Sonne. Stellt man sich auf den Boden der materialistischen Geschichtsauffassung, so erscheinen auch in der Geschichte des Sozialistengesetzes die wirtschaftlichen, die Selbstsicherungsinteressen, die in den Augen der Kapitalisten durch die aufstrebende Arbeiterbewegung, durch die „wachsende Begehrlichkeit“ der Arbeiter bedroht waren, als die treibenden Kräfte. Da für die Besitzenden das Parlament nur die Gelegenheit ist, die Klinte der Gesetzgebung für ihre Sonderinteressen zu mißbrauchen, so mußte der Bourgeoisie auch das Einbringen der Arbeitervertreter, der Sozialdemokraten in das Parlament ebenso bedenklich erscheinen wie der Gebrauch des Koalitions- und Streikrechtes durch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Dazu kommt ferner, daß gleich nach dem Erlaß des Schandgesetzes die Hochschulzulpolitik durch Bismarck inauguriert wurde, gegen die die nun geknebelte, entrechtete, ohnmächtige Arbeiterklasse keine Protest- und Oppositionsbewegung mehr organisieren, keine Agitation und Aufklärung mehr betreiben konnte.

Von dem Schandgesetz sind denn auch die Gewerkschaften der Arbeiter und ihre Presse gleich in den ersten Tagen des neuen Schreckensregimentes ebenso brutal betroffen worden wie die politischen, rein sozialdemokratischen Vereine und Parteiblätter. Unter den mit plumper Gewalt zertrampelten Gewerkschaften fanden sich auch die der Metallarbeiter, die Metallarbeiter-Gewerkschaft mit dem Sitz in Braunschweig, der Bund der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandter Berufsgenossen in Schwäbisch-Gmünd und der Schlosserfachverein in München. Ersterer hatte nach der von August Geib in Hamburg im Jahre 1877 aufgenommenen und im Bismarck veröffentlichten Statistik in 100 Zahlstellen 4000 Mitglieder, der Bund der Gold- und Silberarbeiter in 9 Zahlstellen 800 und der Schlosserfachverein in München 80 Mitglieder, so daß damals insgesamt

rund 5000 Metallarbeiter an 110 Orten organisiert waren. Das Organ der Metallarbeiter war Das Panier, das alle vierzehn Tage in Braunschweig erschien, das der Gold- und Silberarbeiter Der Genossenschaftler, der ebenfalls vierzehntägig in Schwäbisch-Gmünd herausgegeben wurde. Die Metallarbeitergewerkschaft hatte mit der Schuhmachergewerkschaft in Gotha bezüglich der Reiseunterstützung einen Kartellvertrag abgeschlossen. Die Gesamtzahl der in der damaligen Statistik aufgeführten Vereinigungen betrug 30, wovon 25 Zentralorganisationen, und die Gesamtzahl der Mitglieder über 50000 an etwa 1300 Orten. Die in diesen Zahlen ausgedrückte Macht war eine noch recht schwache, umso stärker war aber ihre moralische Macht, die dem Unternehmertum Furcht und Schrecken einjagte.

Mit der Auflösung der Gewerkschaften, von welchem Schicksal nur die Buchdrucker verschont blieben, wurden auch die zentralisierten und lokalen Krankenkassen zerstört. Insgesamt fielen dem Sozialistengesetz zum Opfer 17 zentralisierte und 78 lokale Gewerkschaften, 3 zentralisierte und 20 lokale Unterstützungsvereine, 106 politische und 108 Vergütungsvereine, zusammen 332 Arbeiterorganisationen; 14 Gewerkschaftsblätter, die 1877 erschienen, wurden neben allen politischen Arbeiterblättern verboten, zusammen während der Schreckenszeit des Schandgesetzes 129 periodische Druckschriften, daneben 51 ausländische, ferner 1067 Broschüren und Werke, in Summa 1261. Dazu kamen noch die Verbote von 454 Flugblättern. Die Zahl der ausgewiesenen Genossen betrug 893, wovon 504 verheiratet, 221 ledig waren, während von 167 ausgewiesenen der Familienstand unbekannt blieb. Außer den Frauen der Vertriebenen wurden von den Gewalttaten der Herrschenden noch 973 Kinder mitbetroffen. 162 der ausgewiesenen wurden wiederholt ausgewiesen, also von Ort zu Ort gejagt wie wilde Tiere. Wie viel Elend, Tränen und Groll diese trockenen Zahlen bergen, das können sich die Leser selbst vergegenwärtigen. Die über die von dem Schandgesetz Bedrückten verhängten Strafen belaufen sich auf nahezu 1000 Jahre Gefängnis! 1000 Jahre Gefängnis für den Raub der Reaktion, 1000 Jahre zerstörten Familienglücks, zerrütteter Gesundheit, bitterster Not für Weib und Kind und nur allzu oft Vernichtung der Existenz im Gefolge!

Bei der Beratung des Sozialistengesetzes hatte Bismarck erklärt, daß er alle auf einen höheren Anteil der Arbeiter an den Erträgen der Industrie und Verkürzung der Arbeitszeit gerichteten Bestrebungen „fördern“ werde. Das war natürlich Schwindel, wie die vollständige Vernichtung der Gewerkschaften nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes, die Unterdrückung der Gewerkschaftspresse und das konsequente Verbot von gewerkschaftlichen wie politischen Arbeiterversammlungen bewies, schließlich auch noch die Ausweisung von Gewerkschaftsführern. Da aber mit dem Sozialistengesetz und der Vernichtung der Arbeiterbewegung nicht auch die Gegensätze von Kapital und Arbeit aus der Welt geschafft waren, so kamen trotz alledem Lohn- und Streikbewegungen vor und darauf erfolgte dann im April 1886 der berühmte Streikerlaß des berühmten Puttkamer, durch den die Anwendung des Schandgesetzes auch auf streikende Arbeiter und die Verhängung des Belagerungszustandes über Streikgebiete von den unteren Verwaltungsbehörden forderte. Als er deswegen im Reichstag von den Sozialdemokraten interpelliert wurde, erklärte der gewalttätige Junker und Oberpolizist, „daß für ihn hinter jedem Streike die Hydra der Revolution lauere“. Der Dummkopf! Auf den Puttkamer'schen Erlaß war es wohl zurückzuführen, daß im gleichen Jahre 1886 nicht weniger als 179 Arbeiter auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung verurteilt wurden. So war mit dem Raube des Organisationsrechtes auch das Streikrecht illusorisch gemacht worden.

Und trotz alledem erstand aus den Trümmern der so frivol und brutal zerstörten jungen Arbeiterbewegung dem Phönix gleich aus seiner Asche eine neue gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung, die nun weit über jene von 1878 hinausgemacht ist. Statt der 50000 Gewerkschaftsmitglieder haben wir heute deren 300000, statt dem Duzend kleiner Gewerkschaftsblätter deren gegen 70 im großen Format und in Kleinauflagen, statt der wenigen politischen Parteiblätter deren circa 70, wovon 50 Tageszeitungen, statt der halben Million sozialdemokratischer Stimmen über drei Millionen, statt der 12 Abgeordneten von 1878 deren 80.

Das sind also die Wirkungen des Schandgesetzes, das so viel Unglück, Not, Elend, Krankheit und Tod über viele Tausende gebracht und die der besitzenden und herrschenden Klasse tödlich verhasste Arbeiterbewegung mit Stumpf und Stiel ausrotten sollte. Es ist das Gegenteil eingetreten, mächtiger denn je steht heute die deutsche Arbeiterbewegung da, an der Spitze der größten und beispiellosen Kultur-

bewegung der Welt und weiter fortschreitend von Tag zu Tag, unaufhörlich weitere Massen der Bedrückten in ihren Kreis ziehend.

So wacht der Menschheit Bewußtsein auf!  
Die Vorgeschichte geht zu Ende,  
Es rückt heran die Weltneuzeit.  
Ein neuer Morgen will nun werden:  
Der Menschheit Frührot glüht auf Erden!

(A. Jacoby.)

## Die preussischen Landtagswahlen und die Arbeiterinteressen.

II.

Auf dem beschränkten Raume, der uns zur Verfügung steht, können wir unmöglich eingehend schildern, wie die herrschenden Klassen in Preußen die verrotten politischen Zustände zu ihrem Nutzen auszubeten gewußt haben. Wir müssen uns nochedrungen auf einige Stichproben beschränken und greifen da zunächst einmal das Kapitel Bergbau heraus. Der preussische Staat ist einer der größten Bergwerksunternehmer der Welt. 1901 betrieb er nicht weniger als 43 Bergwerke, 12 Hütten, 6 Salinen, 4 Badeanstalten und 3 Steinbruchanlagen; in diesen Betrieben waren zur angegebenen Zeit 75 000 Arbeiter beschäftigt. Was die Lage dieser Proletarier angeht, so stehen sie zwar im Lohne den Bergarbeitern anderer kontinentaler Länder — von England ganz zu schweigen — zumeist nach, dafür aber ist die Unfallziffer in den Staatsbetrieben Preußens höher als in Belgien und England! Niedrige Löhne, mangelnde Fürsorge für Leib und Leben, Verweigerung jedes Einflusses auf die Berginspektion; dafür aber eine politische und soziale Bevormundung, die geradezu ungeheuerlich ist, und eine Behandlung, die in vielen Fällen die Manneswürde der Arbeiter tödlich treffen muß. Der preussische Fiskus steht auf dem Standpunkt, daß auch für die Politik der „Grundjah“ gelten müsse: „Brot ich esse, des Lied ich singe.“ Die Sozialistenfreiheit existiert einfach nicht. In den kaiserlichen Klassen vom 4. Februar 1890 ist zwar versprochen worden, daß die staatlichen Betriebe zu Musteranstalten in der Arbeiterfürsorge entwickelt werden sollen; aber die zähe preussische Bureaucratie denkt gar nicht daran, in den „patriarchalischen“ Verhältnissen einen Wandel eintreten zu lassen. Nicht freie Staatsbürger beschäftigt der Fiskus als Beauftragter der Gesamtheit der Staatsbürger, sondern bei ihm herrscht das System von Herren und Knechten, von Unteroffizieren und Akkruten. Der Eintritt in ein preussisch-fiskalisches Werk kommt dem Verlust der politischen Rechte faktisch gleich! Kein Scharfmacher kann ungenierter mit „seinen“ Arbeitern umspringen als der preussische Staat, dessen verantwortliche Minister keine größere Sorge kennen, als daß die staatlichen Betriebe nur ja keinen Pfennig mehr Lohn zahlen als die Privatunternehmer.

Überhaupt die Unternehmer! Als Rehrte der Medaille finden wir neben dem herben Arbeitertrug den süßen Unternehmerjähns. Das läßt sich gerade beim Bergwesen so recht nachweisen, hat doch hier die wertvolle Freundschaft des Staates für die Interessen der Glückselig-Beisitzenden ihre feinsten Blüten getrieben. Noch heute ist bekanntlich das Eigentum an den Bergwerken nicht frei; aus der Zeit her, wo der Staat der alleinige Inhaber des Rechts auf Bergbau war und jedermann, der „schürzen“ wollte, das Recht dazu erst vom Staate erwerben mußte, ist die Sache stehen geblieben, daß ein Bruchteil der Förderung jedes Bergwerkes, sei es in Natura, sei es in Gelde, an den Staat abzuliefern ist. Jedoch schon im Jahre 1861 verzichtete der preussische Staat — man hatte eben die Volkserhebung mit brutaler Gewalt niedergeschlagen und die Reaktion neu etabliert! — auf einen großen Teil der Bergwerksabgaben, machte also den blaublütigen wie den krummnasigen Bergwerksbesitzern, die sicher nicht auf den Barrikaden gestanden hatten, ein Millionen Geschenk; vierzehn Jahre später wurde das Geschenk wiederholt, indem die Abgabe auf 2 Prozent des Bruttoertrages herabgesetzt war, die früher einmal ein Zehntel gewesen war! Das dauerte so bis zum Jahre 1892, wo in Preußen eine große Steuerreform durchgeführt wurde. Bei ihrer Beratung tauchte auf einmal der Gedanke auf, den Bergwerksbesitzern auch diese Abgabe noch zu erlassen, das heißt sie aufzuheben. Die faden-schwämmigen Gründe, mit denen man dieses neue Millionen-geschenk „motivieren“ wollte, trafen gar nicht zu, aber daran nahm im Junker- und Kapitalistenparlament niemand ernsthaft Anstoß. Indessen tauchte doch eine Schwärze auf: die Bergwerksabgaben floßen nämlich nicht immer in die Kassen des Staats, sondern in manchen Fällen auch in die Taschen von privaten „Regalherren“. Wie diese „Privatregale“ entstanden sind, das ist eine Frage, die uns hier nicht

weiter beschäftigen kann; wir wollen nur anmerken, daß ein der besten Kenner des schlesischen Urkundenwesens, der Breslauer Bibliothekar Dr. Winter, die Rechtsmäßigkeit gerade der besten Privatregele mit unwiderleglichen Gründen bekräftigt hat, — natürlich ohne daß in Preußen auch nur ein Strich darnach gekräftigt hätte. Genug, die Privatregele bestanden und bestehen heute noch. Vielfach befindet sich in den Urkunden, auf denen sie begründet sind, die Klausel, wonach das Privatregele nicht höher sein dürfe, wie das staatliche. Hob man nun die Abgaben an den Staat auf, dann mußten demgemäß auch die meisten Privatregele fallen. Die Regalherren dachten aber gar nicht daran, sich ihre „wohlworbene Rechte“ schmälern zu lassen, sondern erhoben ein gewaltiges Geschrei, das denn auch nicht ungehört verhallte. Die parlamentarische Kommission, die das Berggesetz bearbeitete, fand rasch einen Ausweg, indem sie in das Gesetz hineinschrieb, daß die Bergwerksabgaben nicht aufgehoben, sondern nur „außer Geltung gesetzt“ werden sollten. So waren die Privatregele gerettet! Um welche Beträge es sich dabei handelt, ersieht man daraus, daß die eine Familie Ziele-Winkler in der Herrschaft Myslowitz-Kattowitz jährlich 700 000 (siebenhunderttausend!) Mark an solchen Regalien einbrachte. Aber das ist noch nicht alles! Das Spiel des Zufalls, betriebstechnische Gründe und wer weiß was sonst noch, haben dazu geführt, daß manche Privatregeleinhaber auf ihrem Gebiet Staatsbetriebe haben, während sie selbst Bergwerke in der Zone des staatlichen Regals betreiben. Da hat sich denn nun der herrliche Zustand herausgebildet, daß der Staat zwar keine Gefälle von den privaten Bergbauenden mehr erhebt, aber seinerseits an die Privaten die alten Bergwerksabgaben weiterzahlt! Man könnte hell aufschreien, wenn es nicht zum Weinen traurig wäre! — Nur angebeutet sei hier, daß bei dieser famosen Gesetzesreform der bekannte Gymnastiker von Berlepsch, ein Schwiegersohn des oben erwähnten Ziele-Winkler, eine Rolle gespielt hat, die — dem Dr. Jastrow in Berlin seinerzeit 200 Mk. Strafe wegen Verleumdung eingetragen hat!

Man kann kaum verstehen, daß sich ein mündiges Volk eine derartige Wirtschaft gefallen läßt, und es ist in der Tat auch nur begreiflich, wenn man sich vor Augen hält, daß in Preußen unter dem von uns schon geschilderten Dreiklassensystem das politische Leben abgetötet worden ist. Im Volke weiß man gar nichts davon, was die „Erwählten“ in dem Landtag zusammenbrauen, und nur immer einzelne Interessentengruppen geraten in Bewegung, wenn ihnen ein besonderer Schaden droht. Denn es gibt Dinge in Preußen, die noch viel schlimmer sind, als die oben geschilderten Bergwerks-Transaktionen, die Millionengewinne aus den Taschen des Volkes an eine Handvoll Geldmagnaten. Nicht nur Geld, nein, auch Rechte sind in Preußen mit freigelegter Hand an die „Süßen des Staates“ gespendet worden. Die Hochburgen der preussischen Reaktion sind die sogenannten Gutsbezirke, kleine Staaten im Staate, förmliche Gebilde, die, abgesehen von Mecklenburg, in ganz Deutschland unbekannt sind. Die Gutsbezirke sind Gebiete, in denen der Gutsherr polizeiliche Gewalt ausübt und allerhand kommunale Rechte besitzt, während alle anderen Eingetragten keinerlei Gemeinderäte haben. Der sonst so eiferredliche über seine Rechte wachende Staat — hier hat er dem Absolutismus neben und in sich ein warmes Plätzchen geschaffen. Als „Gemeindevorsteher“ repräsentiert der Gutsbesitzer eine öffentliche Behörde; er hat die Rechte des mittelbaren Staatsbeamten, nicht auf Grund seiner Befähigung oder einer Wahl, sondern auf Grund des Erbes, erheirateten oder erkauften Besitzes; er kann Geld- und Haftstrafen festsetzen; er darf in eigener Sache durch einen Stellvertreter, den natürlich von ihm abhängig ist, Recht sprechen lassen; er besetzt die Stellen der Lehrer und Pfarrer; er „ordnet“ das Armenwesen, das heißt wälzt die Lasten skrupellos von sich ab; er besetzt seine unter der Fuchtel der Gemeindeordnung stehenden Hilfskräfte skrupellos aus und wirft sie dann aus dem Gutsbezirk heraus, wenn sie alt, schwach und krank geworden sind — kurzum, er ist ein kleiner Herrgott! Und solche haben wir in Preußen noch 16 000 bis 17 000. Zwar enthält die Landgemeindeordnung eine Bestimmung,

nach der die Regierung die Möglichkeit besitzt, die Gutsbezirke zum Anschluß an Gemeinden zu zwingen, aber bis jetzt ist dieser Paragraph, wie so manches andere, lediglich auf dem Papier stehen geblieben. Und dabei schreien die Zustände in Ostelbien zum Himmel. Die Lage der ländlichen Bevölkerung ist unwürdig, das Schulwesen ist grauhaft vernachlässigt, der Polizeiknäuel tanzt dem armen Volke auf dem Buckel. Aber geändert wird nichts. Wie sollte man auch! Sind doch die Gutsbezirke der sichere Hort der konservativen Macht. Jeder Gutsbezirk hat Anspruch darauf, einen besonderen Wahlbezirk für die Reichstagswahlen zu bilden. Wahlvorsteher ist der Gutsherr, Wahllokal der Gutshof — da sollte es doch mit dem Teufel zugehen, wenn die Einwohner der Gutsbezirke nicht „richtig“ wählten.

Hier sieht man deutlich, wie stark auch die nichtpreussischen deutschen Länder — zum Glück gibt es ja deren noch einige — an der politischen Entwicklung in Preußen interessiert sind. Denn es ist offenbar von höchster Bedeutung, daß durch die Abänderung dieser schändlichen Zustände auch im Reichstag das gefährliche reaktionäre Junkerelement in die Schranken seiner wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit zurückverwiesen wird.

Wir hätten noch vieles zu erwähnen, das mindestens so wichtig ist, wie das Erwähnte. Aber als Beispiel mag dieses genügen. Aber manches andere, zum Beispiel die unwürdige Bezahlung und die übermenschliche Anspannung der im preussischen Staatsbahnbetrieb beschäftigten Proletarier, bringt ja auch die Tagespresse häufig kennzeichnende Nachrichten, ebenso, wie sie Notiz nimmt, wenn einmal wieder einer der famosen „Schulpaläste“ im Osten zusammengebrochen ist. Uns bleibt nur noch ein Wort der Zusammenfassung zu sagen übrig. Der Liberalismus hat im Kampfe gegen die übermächtige, im Junkertum verkörperte preussische Reaktion versagt. Er ist in einen senilen Marasmus versunken, aus dem ihn nichts mehr emporstacheln kann. Auch jetzt wieder, wo durch das Eingreifen der Arbeiterklasse ein Umsturz zum Besseren in Preußen eintreten könnte, schlägt er sich in erbärmlicher Philisterseigheit nach rechts und meidet ängstlich den Schein, als ob er nicht gerade so sozialistenfeindlich wäre, wie irgend ein Junker. Allein auf sich angewiesen beginnt die Sozialdemokratie eine neue Phase des großen Klassenkampfes. Klar hat sie erkannt, daß das Junkertum der schlimmste Feind der Arbeiterklasse ist, gegen das Junkertum mit aller Energie aufzutreten gebietet uns die Vernunft und das wohlwogene Interesse, das mit den Interessen der übergroßen Mehrheit des ganzen Volkes identisch ist. Wir müssen aufräumen mit den Resten des Feudalismus, wir müssen der Freiheit eine Gasse bahnen und alles daran setzen, um aus dem preussischen Sibirien einen Kulturstaat zu machen. Es wird ein schwerer Kampf sein, aber der Preis lohnt der Mühe. Die Reaktion in Preußen besiegen, heißt die Vorbedingungen für eine gedeihliche Weiterentwicklung unserer ganzen Nation schaffen. In Deutschland hat die Arbeiterklasse ein relativ günstiges Wahlrecht erhalten, in Sachsen hat sie es verlor, in Preußen muß sie sich's erkämpfen. Nicht allein um der kleinen Vorteile willen, die die parlamentarische Mitarbeit ihr gar bald auch hier bringen wird, sondern als Vorbedingung allgemeiner Menschheitsinteressen.

### Die Verhältnisse im heutigen Herbergswesen der deutschen Gewerkschaften.

Aber die Verhältnisse auf einzelnen Herbergen haben wir im Laufe der Jahre mehrere Zeitschriften erhalten, die wir jedesmal den betreffenden Kommissionen mit dem Ersuchen anstellten, die geringsten Mängel zu beseitigen. In der letzten Nummer der Buchhändlerzeitung werden nun die Verhältnisse auf den Herbergen von einem Kundigen einer allgemeinen Besprechung unterzogen, die wir auch an dieser Stelle wiedergeben wollen, da sie sehr beherzigenswert ist. Der Artikel lautet:

Seidem sich in den deutschen Gewerkschaften\* immer mehr die Erkenntnis Bahn gebrochen hat, daß mit Einführung

\* Es sind hier nur die freien Gewerkschaften gemeint.

Messer und Scheren und liefern ihnen außerdem sämtliche Bedarfsartikel wie Bürsten, Pinsel, Streichriemen u. s. w. In der Regel halten sie auch noch ein größeres Lager von Barbierwägen und Möbeln ähnlicher Art. Einige haben es sogar zu Subskriptoren solcher Läden gebracht. Durch die starke Konkurrenz sind die Schleifer gezwungen, einen oder mehrere Ablieferungswagen zu halten, die wöchentlich zweibis dreimal zur Entgegennahme von Aufträgen bei ihren Kunden vorzufahren. Die meisten Schleifer bedienen sich elektrischer Motoren zum Betrieb ihrer Werkstätten. Als Schleifsteine kamen früher vorzugsweise deutsche in Betracht, nur in Neu-Orleans und anderen Plätzen des Südens bediente man sich französischer. Neuerdings sind aber auch in Amerika Brüche entdeckt worden, die namentlich für Scheren- und Schleifsteine, ein sehr brauchbares Material liefern, während für Rasiermesser, keines scharferen Gesteins wegen, noch immer der deutsche Stein vorgezogen wird. Die für Reparatur bezahlten Preise stellen sich durchschnittlich folgendermaßen: Das Schleifen eines Rasiermessers kostet 25 Cents (1 Mk.), halbwohl 35 Cents, ganz wohl (full concaved) 50 Cents, Haarsheren 15 Cents. Im Süden und im fernem Westen stellen sich die Preise noch bedeutend höher.

In den meisten dieser Werkstätten werden, wenn es an bestellter Arbeit mangelt, auch neue Rasiermesser hergestellt, jedoch beschränkt sich diese Fabrikation nur auf das Hochschleifen der fertig geschmiedeten, gehärtet und mit Griffen versehenen Messer (blanks). Während hierfür früher nur englische Ware verwendet wurde, sind die dicken englischen blanks in den letzten zehn Jahren mehr und mehr durch die bereits wohl geschmiedeten deutschen verdrängt worden. Die Lage der Schleifer war früher eine recht günstige, sie hat sich indes, wie das Handwerk in Amerika überhaupt, in den letzten 10 bis 12 Jahren mehr und mehr verschlechtert. Verschiedene Umstände sind hierfür verantwortlich zu machen:

der Reise- und Arbeitslosenunterstützung die Verbände an Mitgliedern gewinnen, sowie daß der Mitgliederbestand infolge dieser Unterstützungseinrichtungen ein stabilerer wird und seitdem das Schlagwort von dem Verlorengehen des Kampfescharakters der Gewerkschaften immer mehr im Verschwinden begriffen ist, seit dieser Zeit hat sich die Regelung des Herbergswesens für die infolge von Arbeitslosigkeit auf der Landstraße liegenden Verbandsmitglieder in den Gewerkschaften immer mehr in den Vordergrund gedrängt. Überall ist der Wille vorhanden, den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, die gezwungen sind, von einer Stadt zur anderen zu reisen, eine eigene Herberge zur Verfügung zu stellen, wo sie mit ihresgleichen verkehren können und nicht gezwungen sind, die christlichen Heimaten aufzusuchen. Inwieweit dieser vorhandene Wille in die Tat umgesetzt worden ist und welche Mängel noch dem ganzen Herbergswesen der deutschen Gewerkschaften anhaften, dies zu schildern soll der Zweck der nachfolgenden Zeilen sein. Doch sei gleich von vornherein bemerkt, daß die Kritik dieses Artikels nicht eine Anklage gegen die Gewerkschaften sein soll, sondern dieselbe verfolgt lediglich den Zweck, die vorhandenen Mängel in dem heutigen Herbergswesen der Gewerkschaften ans Tageslicht zu bringen, damit Mittel und Wege gefunden werden, wie dieselben zu beseitigen sind. Auch sei gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß ausdrücklich keine Herbergen mit Namen genannt werden, der Artikel soll nur den Zweck verfolgen, das heutige Herbergswesen der deutschen Gewerkschaften im allgemeinen zu schildern. Ob dann in dieser oder jener Herberge die unten geschilderten Verhältnisse zutreffen oder nicht, dies zu untersuchen soll Aufgabe des jeweiligen Gewerkschaftskartells, respektive der betreffenden Herbergskommission sein.

Betrachten wir das heutige Herbergswesen der deutschen Gewerkschaften etwas genauer, so lassen sich zwei Gruppen von Herbergen unterscheiden: 1. Die Herbergen in den von den Gewerkschaften und meist in Gemeinschaft mit der sozialdemokratischen Partei verwalteten Gewerkschaftshäusern. 2. Die Herbergen in Gasthäusern, wo das Gewerkschaftskartell in einer Stadt mit dem betreffenden Gastwirt einen Vertrag abgeschlossen hat, oder wo einzelne Bahnhöfe der Verbände, jede für sich, eine mündliche oder schriftliche Vereinbarung mit dem Wirte trifft.

Beschäftigen wir uns also zuerst mit Gruppe 1, den Herbergen in den Gewerkschaftshäusern. Hier sind wirklich einzelne Musterinstitute von Herbergen vorhanden und man hat keine helle Freude daran, wenn man sieht, mit welcher Pünktlichkeit alles vor sich geht und welche musterhafte Ordnung und Reinlichkeit überall, ja bis ins kleinste, vorhanden ist. An diesen Orten zeigt es sich so recht, was Wille und Energie der Verwaltungspersonen in Gemeinschaft mit den Herbergskommissionen zu leisten imstande sind. Der Zugereifte findet dort ein helles freundliches Fremdenzimmer, gute Bedienung, billiges Brausebad, ganz genaues Kontrollieren der Übernachtenden vor dem Schlafengehen, gute, saubere Betten, hübsche Waschräume mit reinen Handtüchern und so weiter. Aber leider ist es nur eine kleine Zahl von Herbergen in Gewerkschaftshäusern, denen man die Note „gut“ ausstellen kann, bei den meisten sind noch viele Mängel vorhanden. Da sind zuerst die Fremdenzimmer zu nennen, die meist sehr stiefmütterlich behandelt werden. Schreiber dieses hatte öfters die Gelegenheit, Fremdenzimmer in Gewerkschaftshäusern anzutreffen, die viel zu klein für die Zahl der Zugereisten waren, und dann herrschte in dem Raume bei Tage eine solche Finsternis, daß es nur mit großer Anstrengung der Augen möglich war, eine Zeitung zu lesen. Auch was die Ausstattung selbst anbetrifft, so läßt dieselbe öfters zu wünschen übrig. Tische und Stühle, die für andere Räume zu schlecht waren, fanden im Fremdenzimmer Verwendung. Man scheint dort dem Grundgesetz zu huldigen: für die Kunden ist das ja noch gut genug. Auch was das Dekorieren der Wände betrifft, so ließe sich darüber manches sagen. Plakate, die in den Öfen, aber nicht an eine Wand gehören, hängen oft in großer Zahl herum. Daß durch eine solche Ausstattung das sittliche und moralische Empfinden der reisenden Verbandsmitglieder nicht gehoben, sondern noch auf ein tieferes Niveau herabgedrückt wird, dies dürfte wohl niemand be-

### Der amerikanische Messerschmied.

Von O. Christensen.

Der amerikanische Messerschmied ist durchaus deutscher Abstammung. Wer die Vertreter dieses Gewerbes in der neuen Welt ansieht, wird dabei fast ausschließlich auf deutsche Namen stoßen, deren Inhaber in der Regel durch ihren Dialekt verraten, daß sie aus der Solinger Gegend kommen. Die Überschrift dieses Artikels könnte daher ebenso gut lauten: Der deutsche Messerschmied in Amerika. Seine Lage in diesem Lande soll, soweit der beschränkte Rahmen eines Zeitungsartikels es erlaubt, im folgenden näher geschildert werden. Wie jeder eingewanderte Handwerker, hat auch er den neuen Verhältnissen sich anzupassen. Ein Umlernen, dem die meisten deutschen Handwerker sich unterziehen müssen, bleibt ihm freilich in der Regel erspart, denn die amerikanische Messerschmiedekunst ist auf die deutsche gegründet, hat es indessen, von einigen Spezialitäten abgesehen, bis jetzt zu keiner hohen Entwicklung gebracht. Ein Unterschied mit der heimischen fällt allerdings auch hier sofort in die Augen: Ich meine das die ganze amerikanische Industrie beherrschende Prinzip der Arbeitsteilung nach Spezialitäten, dem die Union zum Teil ihren industriellen Aufschwung zu verdanken hat. Zur besseren Orientierung soll zunächst von den selbstständigen Meistern die Rede sein, denn diese bilden die Mehrheit. Unter ihnen nehmen wiederum die sich fast nur mit Reparaturarbeiten beschäftigenden Schleifer den ersten Platz ein, sowohl der Anzahl wie der Bedeutung nach. Ein großes vergoldetes Rasiermesser, zuweilen auch eine Schere, ist das Aushängeschild, wodurch angedeutet wird, daß ihre Haupttätigkeit in der Reparatur dieser Instrumente besteht. Die Schleifer hängen aufs engste mit dem blühenden Barbiergebiet zusammen, denn sie den größten Teil ihrer Kundenschaft herbeiziehen. Sie besorgen den Schmied das Schneiden ihrer

teilweise die zunehmende Konkurrenz der Messerschmiede unter sich, mehr noch der Druck der Großindustrie auf das Kleingewerbe, vor allem aber das Überhandnehmen der Warenhäuser und ähnlicher Geschäfte. Während man sich vordem, um ein gutes Rasiermesser oder eine gute Schere zu kaufen, an einen tüchtigen Messerschmied wandte, sind heute diese Dinge in den großen Bazars und in den meisten anderen Geschäften zu haben, natürlich viel billiger und — schlechter. Bei der bekannten Vorliebe der Amerikaner für alles Große, ist es selbstverständlich, daß sie ihren Bedarf an Messerwaren überall decken, nur nicht an der richtigen Quelle. Es ist kaum zu hoch gegriffen, wenn man behauptet, daß sich das Verkaufsgeschäft der Messerschmiede in den letzten zehn Jahren um 60 bis 75 Prozent verschlechtert habe. Ein guter Schleifer war früher in Amerika stets seines Lohnes sicher; er war ein gesuchter Mann. Jetzt ist das anders geworden, nur zu oft muß er nach Arbeit suchen. Es sind mir Fälle bekannt, wo altetablierte Geschäfte nicht mehr bestehen konnten, weil deren Besitzer, obwohl tüchtige Arbeiter, keine „Geschäftsleute“ waren und es veräumten, die in Amerika absolut notwendige Reklame zu machen, während neue Konkurrenten es verstanden, sich in den Vordergrund zu drängen. Diese Schleifereien sind, wie schon erwähnt, meistens kleine Betriebe. In der Regel beschäftigen sie nur wenige Leute und gelten für recht bedeutend, sobald die Arbeiterzahl 6 bis 8 übersteigt. Die Gehilfen verdienen bei Lohnarbeit gewöhnlich 18 bis 24 Dollar die Woche, im Akkord noch mehr. Trotz dieses Rückganges in den Erwerbverhältnissen der Meister dürfte es bei der ungleichen Verteilung der verschiedenen Gewerke in den Vereinigten Staaten neu eingewanderten Messerschmieden nicht allzu schwer werden, einen entfernten Staat zu finden, wo sein Fach noch wenig vertreten ist und seine Arbeit mit Gold aufgewogen wird.

streiten können. Wird der infolge der kapitalistischen Wirtschaftsweise auf die Landstraße gedrängte Arbeiter schon sowieso als Mensch zweiter Klasse behandelt, so wird dies niederdrückende Gefühl in ihm noch viel stärker, wenn er sich in einem Gewerkschaftshaus, das von seinen Arbeitsbrüdern errichtet ist, in einem dunklen, mangelhaft ausgestatteten Raum aufhalten muß. Das Fremdenzimmer soll nicht etwa ein Brunnfalon sein, aber den hygienischen und volkswirtschaftlichen Forderungen müßte man doch insoweit gerecht werden, daß man den arbeitslosen ein helles, genügend großes und mit ganzen Gerätschaften versehenes Zimmer zur Verfügung stellt. Auch in bezug auf Reinlichkeit der Betten, der Handtücher und Aborte wird noch in manchen Gewerkschaftshäusern geklagt. Was das Unterrichten auf Reinlichkeit der Übernachtenden vor dem Schlafengehen betrifft, so dürfte dies auch im allgemeinen etwas strenger genommen werden, es wäre dies für die Reisenden und für die Herberge nur von Vorteil.

Betrachten wir nun die zweite Gruppe: die Herbergen in Gasthäusern, wo das Gewerkschaftskartell einer Stadt mit dem betreffenden Gastwirt einen Vertrag abgeschlossen hat, oder wo einzelne Zahlstellen der Verbände, jede für sich, eine mündliche oder schriftliche Vereinbarung mit dem Wirt treffen. Dort ist es im allgemeinen mit dem Herbergswesen schlechter bestellt als in den Gewerkschaftshäusern. Freilich gibt es auch hier, wie überall, Ausnahmen. Gewöhnlich sind die Gasthäuser, wo nur ein Verband seine Herberge hat, besser als die Zentralherbergen, man wird dort im allgemeinen anständiger behandelt und sind die Betten meist in gutem Zustand. Die Fremdenzimmer in den Zentralherbergen sind durchschnittlich sehr mangelhaft ausgestattet, und da wo ein solches nicht vorhanden ist, verkehrt der Zugereiste in der Gaststube. Dies hat einestheils den Vorteil, daß man sich auch mit anderen Gästen, als Arbeitslosen, unterhalten kann, befißt aber auf der anderen Seite wieder den Nachteil, daß man moralisch gezwungen ist, etwas zu verzehren, was gerade, wenn das Geld recht knapp geworden ist, nicht immer sehr angenehm berührt. Hat das Gewerkschaftskartell mit dem Herbergswirt billigere Preise der Speisen und Getränke für die Arbeitslosen vereinbart, so muß oft der Fremde wieder darunter leiden, denn öfters sind die Speisen minderwertig und kommt es vor, daß man beim Holen derselben behandelt wird, als empfangt man ein Almosen. Überhaupt scheint das Geld eines Handwerksbürgers nicht so vollwertig zu sein wie das eines anderen Sterblichen. Was die Betten betrifft, so befinden sich dieselben durchschnittlich in einem schlechten Zustand. Ab und zu trifft man ja einigermaßen reine Betten, aber im großen ganzen lassen dieselben zu wünschen übrig. Mit Ungeziefer, besonders Wanzen, hat man öfters zu kämpfen und kommt es vielfach vor, daß man erst früh, wenn es schon wieder dämmert, einige Stunden schlafen kann. Manchmal starren die Betten nur so vor Schmutz, daß man sich kaum getraut, dieselben zu berühren. Was die Handtücher und Aborte anbelangt, diesen Zustand, in dem sich dieselben manchmal befinden, zu schildern, dagegen sträubt sich die Feder. Von den Handtüchern sei nur kurz bemerkt, daß dieselben oft allein stehen vor lauer Schmutz. Wenn nun noch über der Tür eines solchen Drecksnestes, denn anders läßt sich eine solche Herberge gar nicht bezeichnen, in großen Letten die Inschrift prangt „Zentralherberge der Gewerkschaften“, so weiß man wahrlich nicht genau, ob dies Ernst oder Hohn ist. Es mag ja sein, daß es für die Gewerkschaften einer Stadt manchmal schwer ist, eine passende Herberge für die Zureisenden zu erhalten, aber bevor man dieselben nicht eine anständige Herberge bieten kann, dann lasse man sie lieber auf die christliche Heimata gehen. Obwohl ich kein Freund der christlichen Heimaten bin, so muß ich doch gestehen, daß dieselben, was Reinlichkeit anbelangt, nicht die schlechtesten Herbergen sind.

Auf diese Kritik der Herbergsvhältnisse in den deutschen Gewerkschaften wird man mir nun entgegenzusetzen und sagen: die Verhältnisse können doch gar nicht so schlecht sein, wie sie hier geschildert werden, es sind doch überall Beschwerdebücher oder Beschwerdebüchlein vorhanden, ferner gibt es die Herbergskommissionen, die sofort einschreiten können, wenn

eine Beschwerde einläuft. Ja, die Beschwerdebücher und Beschwerdebüchlein sind meist überall vorhanden und schließlich auch ganz schön und gut, aber wie die Praxis zeigt, bewähren sich dieselben doch nicht. Die reisenden Arbeiter machen nun einmal keinen Gebrauch davon, dieselben sind froh, wenn sie früh wieder aus der Herberge heraus sind. Da wird geschimpft und geflucht auf die Herberge, aber an Beschwerdebücher und Beschwerdebüchlein denkt sehr selten jemand. Im allgemeinen wird die Sache sehr leicht genommen, der Reisende jagt sich ganz einfach, was soll ich mir hier Schereien machen, ich komme doch nicht mehr hierher, na, und die Nachkommenden mögen auch sehen wie sie mit den vorhandenen Mißständen fertig werden. Daß ein solches Verhalten der reisenden Verbandsmitglieder zu verurteilen ist, ist richtig, aber die Verhältnisse liegen nun einmal so und deshalb muß mit ihnen gerechnet werden. Was nützt es, wenn man sich auf Beschwerdebücher und Beschwerdebüchlein verweist und behauptet, weil keine Beschwerden eingehen, demnach muß alles in Ordnung sein. Dies ist eben, wie die Praxis zeigt, falsch, hier liegt es an den Herbergskommissionen, Remedur zu schaffen und sich nicht auf die etwa einlaufenden Beschwerden zu verlassen, sondern mehr als bisher selbst praktisch zu arbeiten. Vor allem müßten die Betten öfters unverhofft kontrolliert werden, und dann könnte es für die einzelnen Mitglieder der Herbergskommissionen nur von Vorteil sein, wenn sie sich mehr als bisher bei den Fremden über die Herbergsvhältnisse erkundigten. In den Gewerkschaften wird es manche Herbergskommission geben, die überhaupt noch nie die Betten genau und unverhofft kontrolliert hat. Auch auf diesem Gebiet läßt sich mit gutem Willen und Energie sehr vieles verbessern, wie es uns ja die Kommissionen der oben beschriebenen Musterinstitute sehr gut beweisen. Mögen diese Zeilen dazu beitragen, daß in Zukunft die Herbergskommissionen etwas intensiver und praktischer arbeiten als bisher, damit die Zeit nicht mehr allzu fern ist, wo der organisierte Arbeiter, der sich auf der Reise befindet, nicht mit Mißtrauen, sondern mit Vertrauen eine Gewerkschaftsherberge aufsucht und dieselbe auch wieder mit Befriedigung verlassen kann.

### Gewerkschaftskonferenz für die Kreise Altena-Iserlohn.

Die von der bisherigen Kreisgewerkschaftskommission einberufene Konferenz hatte den Zweck, festzustellen, wie unter den veränderten Organisationsverhältnissen im Sauerland ein gemeinsames Wirken der Organisationen der einzelnen Orte herbeigeführt werden könne und das Sekretariat für das Gebiet zu erhalten sei.

Das industriereiche Gebiet des Sauerlandes war lange Zeit dem Eindringen der modernen Gewerkschaften verschlossen. Die Arbeiterschaft, die in den herrlichen Gebirgsstätern, teils in zahllosen kleinen Betrieben, die ihre Betriebskraft durch die Bäche erhalten, welche die Täler durchströmen, teils in größeren Betrieben modernen Stills tätig ist bei der Herstellung von Eisen, Draht und Bronzeware, war dem Gedanken gewerkschaftlicher Organisation nicht zugänglich. Hier und da bestanden wohl lokale Branchenvereine, die jedoch wenig gewerkschaftlichen Charakter hatten. Der Metallarbeiter-Verband fand nur hier und da Eingang, doch erreichten die Zahlstellen keine nennenswerte Mitgliederzahl.

Da wurde 1898 von Hohenlimburg aus die Gründung eines, das ganze Gebiet umfassenden Industriearbeiter-Verbandes propagiert. Der Verband trat ins Leben und gelang es, die Arbeiter für ihn zu gewinnen, so daß er Anfang 1899 bereits 1500 Mitglieder zählte. Ferner wurde ein Verband der Ketten schmiede gegründet, der seinen Sitz in Grüne, dem Orte, in welchem hauptsächlich Ketten schmiederei betrieben wird, hatte und bald 500 Mitglieder zählte. Da die Gründung dieser Organisationen mit der ausdrücklichen Erklärung erfolgte, daß es gelte, die Arbeiter zunächst mit dem Organisationsgedanken vertraut zu machen, um dann die Bezirksorganisationen der Verbände zuzuführen, so stellten sich die Vertreter der Verbände den neuen Organisationen nicht feindlich gegenüber, ohne jedoch die Agitation für Ausbreitung der Verbände aufzugeben. Es wurde sodann ein Arbeitersekretariat gegründet, das bis zum Jahre 1901 seinen Sitz in Hohenlimburg hatte und dann nach Iserlohn verlegt wurde. Das Sekretariat galt für das ganze Sauerländische Gebiet und hielt der Sekretär an bestimmten Tagen Sprechstunden in allen Orten des Bezirkes ab.

Am 3. September 1899 fand in Altena eine von 50 Delegierten beschickte Gewerkschaftskonferenz statt, welche unter dem Namen Kreis-Gewerkschaftskommission, eine Agitationskommission einsetzte, welche den Zweck hatte, die Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung zu fördern, „um später, nach gehörigem Ausbau und genügender Ertüchtung der unabhängigen (neutralen) Industriearbeiter-Organisationen einen definitiven Anschluß an die in der Generalkommission der Gewerkschaften vereinigten Centralverbände Deutschlands vorzunehmen zu können.“ Als Beitrag hatten die angeschlossenen Organisationen pro Kopf der Mitglieder 20 Pf. zu entrichten. Die Einnahmen wurden fast ausschließlich zur Erhaltung des Sekretariats verwendet. Für das gleichzeitig geschaffene Gewerkschaftsblatt Der Industriearbeiter wurde ein Extrabeitrag erhoben. Zur Streitunterstützung waren von der Kreis-Gewerkschaftskommission Sammlungen auszusprechen.

Nachdem so für die Ausbreitung der modernen Gewerkschaften der Boden vorbereitet war, gelang es auch dem Metallarbeiter-Verband besonders im vorigen Jahre in den hauptsächlichsten Industrieorten, wie Iserlohn und Lüdenscheid, eine größere Anzahl Mitglieder zu gewinnen. Die ruhige und stetige Entwicklung wurde durch die Ausperrung in Iserlohn wesentlich beschleunigt. Es ist möglich, daß die Fabrikanten in Iserlohn die Ausperrung herbeiführten, um die Erhaltung des Metallarbeiter-Verbandes zu verhindern, doch ist gerade das Gegenteil erreicht worden.

Jetzt haben sämtliche Industriearbeitervereine, mit Ausnahme desjenigen in Altena, der circa 400 Mitglieder zählte, den Anschluß an den Metallarbeiter-Verband beschlossen und größtenteils vollzogen. Die veränderten Verhältnisse bedingten, sofort das Sekretariat, das bisher aus den Vertretern der Industriearbeitervereine erhalten wurde, nicht eingehen sollte, eine neue finanzielle Grundlage für dasselbe zu schaffen. Hierzu wurde die Hilfe der Generalkommission in Anspruch genommen. Diese hielt die Gewährung einer Hilfe für erforderlich und beauftragte ihren Vorsitzenden nicht nur durch Prüfung an Ort und Stelle die Art der Unterstützung des Sekretariats festzustellen, sondern auch eine Reihe von Agitationsversammlungen in den Bezirken abzuhalten, weil noch einige Widerstrebende für den Anschluß an die Verbände zu gewinnen waren und sich nach dem wenig günstigen Ausgang der Iserlohner Ausperrung eine gedrückte Stimmung unter der Arbeiterschaft des Bezirkes bemerkbar machte. Es wurden auch einige Versammlungen in bergischen Lande, dessen industrieller Mittelpunkt Solingen ist, abgehalten. Auch hier vollzieht sich eine ähnliche Entwicklung wie im Sauerland, nur mit dem Unterschiede, daß es sich hier um die Heranziehung zum Teil sehr alter lokaler Branchen-Organisationen handelt. Auch diese, die bisher auf die Arbeiterverhältnisse einen bestimmenden Einfluß hatten, beginnen einzufehen, daß sie diesen verlieren, wenn sie in ihrer Abgeschlossenheit verharren. Eine zuletzt sich entwickelnde Differenz der Messerschleifer mit den Unternehmern, die wahrscheinlich zu einer umfangreichen Arbeitsein-

stellung führen wird, dürfte dies aufs neue dokumentieren. Es wird deshalb, weil angeblich die lokalen Vereine für den Anschluß an den Metallarbeiter-Verband noch nicht zu gewinnen sind, die Gründung eines Industriearbeiterverbandes für das Bergische Land geplant, der am 1. Januar 1904 ins Leben treten soll. Es wird damit immerhin ein organisatorischer Fortschritt erreicht, wenn auch in den betreffenden Versammlungen Stimmen laut wurden, die einen sofortigen Anschluß der Lokalvereine an den Metallarbeiter-Verband, der im Solinger Bezirk schon eine beträchtliche Mitgliederzahl hat, forderten und die Gründung einer Zwischenorganisation für entbehrlich erklärten.

Die Versammlungen fanden in der Zeit vom 22. September bis 4. Oktober statt und wurde in der Zwischenzeit die Konferenz abgehalten. Bemerkenswert ist noch, daß im Sauerländischen Bezirk die Kirch- und Dörfervereine einen Stützpunkt haben und sich in letzter Zeit alle Mühe geben, ihren Bestand zu erhalten und daß ferner auch die christlichen Gewerkschaften, wenn auch ohne nennenswerten Erfolg sich bemühen, hier Ausbreitung zu gewinnen.

An der Konferenz nahmen 25 Delegierte aus den Orten Altena, Grüne, Hohenlimburg, Iserlohn, Lüdenscheid und Plettenberg sowie der Gauvorsitzende des Metallarbeiter-Verbandes und der Vorsitzende der Generalkommission teil. Die bisherige Kreis-Gewerkschaftskommission legte die Schlußabrechnung vor, die sich auf die Zeit vom 1. Januar bis zum 6. September 1903 erstreckte. Es waren an Kassenbestand am 1. Januar vorhanden 706,90 Mk. Vereinnahmt wurden für das Sekretariat 1475,65 Mk., für das Gewerkschaftsblatt 1230,10 Mk., für Streiks 5911,25 Mk., für Inserate 8,15 Mk. zusammen 9332,14 Mk. Vorausgabte wurden für: Gehalt des Sekretärs 1273,34 Mk., des Gewerkschaftsblattes 1520,10 Mk., Streiks 5911,25 Mk., Unkosten des Sekretariats, Flugblätter, Revisionen usw. 532,84 Mk. An Kassenbestand verblieben 94,61 Mk., wozu noch einige Einnahmen kommen, die nach Schluß der Abrechnung gemacht wurden. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt und für die mehrjährige treue Kassienführung der Dank ausgesprochen.

Es wurde sodann darüber beraten, ob eine Kreis-Gewerkschaftskommission bestehen bleiben sollte. Von verschiedenen Delegierten wurde erklärt, es genüge eine Kommission an Sitz des Sekretariats, die dieses zu übernehmen habe, während andererseits von einer Kommission, deren Mitglieder in verschiedenen Orten des Bezirkes wohnen, eine rege Fortsetzung der bisherigen Organisation erwartet wurde. Beschlossen wurde, daß die Kreis-Gewerkschaftskommission, zusammengesetzt aus Vertretern der Zentralverbände, bestehen bleiben soll. Die Orte mit Gewerkschaftskartellen haben zwei, die anderen Orte ein Mitglied für die Kommission zu stellen. Es entfallen somit auf Iserlohn-Grüne und Lüdenscheid je zwei, auf die anderen Orte je ein Mitglied. Die Kommission hat Agitation zu betreiben, das Sekretariat zu überwachen, den Sekretär zu wählen u. s. w. Eine Geschäftsordnung gibt sich die Kommission selbst und hat in Gemeinschaft mit dem Sekretär auch eine Geschäftsordnung für das Sekretariat auszuarbeiten. Sitz der Kommission ist Iserlohn.

Sodann wurde über die finanzielle Zündierung des Sekretariats beraten. Mit dem Beitritt der Industriearbeitervereine zum Metallarbeiter-Verband sind die Beiträge für das Sekretariat fortgefallen. Aus den Prozenten, die den Zweigvereinen verbleiben, lassen sich vorläufig die Unkosten des Sekretariats nicht decken. Es wurde beschlossen, vom 1. November 1903 ab pro Monat und Mitglied 10 Pf. Extrabeitrag zu erheben, der durch von der Kommission herauszugebende Marken zu quittieren ist. Mit diesem Beitrag werden voraussichtlich im Laufe von zwei Jahren die ganzen Unkosten des Sekretariats gedeckt werden. Bis dahin sollen der Metallarbeiter-Verband und die Generalkommission die erforderlichen Zuschüsse leisten.

Von dem Sekretariat soll wie bisher unentgeltliche Auskunft an jedermann erteilt werden. Der Sekretär ist jedoch verpflichtet, die Auskunftsuchenden zum Beitritt zur Organisation anzuhalten. Wird dieser Aufforderung nicht Folge geleistet, so ist in späteren Fällen die Auskunft zu verweigern. Die Sprechstunden in den angeschlossenen Orten sollen gleichfalls beibehalten werden. Der Sekretär soll aber seinen Aufenthalt in diesen Orten dazu bemühen, Agitation zu betreiben, Versammlungen, Werkstattdisussionen und Konferenzen mit den Mitgliedern abzuhalten.

Der bisherige Sekretär, der zurzeit eine Gefängnisstrafe absüßt, die er sich bei Vertretung der Interessen der Arbeiter während der Ausperrung in Iserlohn zugezogen hatte, scheidet am 1. Januar 1904 aus seiner Stellung aus und tritt in das Sekretariat in Essen a. Rh. ein. Es wurde deshalb beschlossen, die Sekretärstelle auszusprechen und wurde ein Anfangsgehalt von 2000 Mk. pro Jahr festgesetzt. Bis zum 1. Januar wurden die Sekretariatsarbeiten von dem Bevollmächtigten des Metallarbeiter-Verbandes in Iserlohn und in den angeschlossenen Orten von Vertrauensmännern erledigt; die wichtigeren Sachen dem Sekretariat zu überweisen haben. Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt und wurde diese mit dem Wunsche geschlossen, daß die Organisation nunmehr sich kräftig fortentwickeln möge.

### Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Metalldrücker in Sachsen und Sachsen-Altenburg.

Die Leipziger und Dresdener Drücker veranstalteten im Juli d. J. eine statistische Erhebung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Metalldrücker in Sachsen und Sachsen-Altenburg. Die Erhebung sollte auch auf die beiden reichlichen Fürstentümer ausgedehnt werden, allein es sind von dort keine Fragebogen eingegangen und so erstreckt sich die Statistik nur auf Sachsen und Sachsen-Altenburg. Wenn diese Erhebungen den gegebenen Erwartungen nicht entsprechen, so liegt das daran, daß in vielen Orten keine geeigneten Kräfte vorhanden sind, die das Ausfüllen der Fragebogen richtig besorgen könnten. Zu bedauern ist jedenfalls, daß von den 18 Orten, an die Fragebogen geschickt wurden, nur aus 8 Antworten eingegangen sind. Aller Anfang ist schwer, das trifft auch in diesem Falle zu, doch hatte man bei den Kollegen etwas mehr Interesse vorausgesetzt.

An der Statistik sind beteiligt: Dresden und Umgegend, Leipzig und Umgegend, Chemnitz und Umgegend, Altenburg und Umgegend, Aue, Burgen, Meissen und Marienberg. Zu diesen 6 Orten mit zusammen 66 Betrieben sind 224 gelehrte Drücker, 33 Hilfsarbeiter und 61 Lehrlinge beschäftigt. Diese 318 Personen verteilen sich auf die Orte folgendermaßen:

Ort	Betriebe	Drücker	Hilfsarbeiter	Lehrlinge
Dresden und Umgegend	24	72	1	6
Leipzig	18	56	4	23
Chemnitz	11	46	26	26
Altenburg	4	18	—	—
Aue i. Erg.	2	13	—	4
Burgen	2	9	—	2
Meissen	3	7	3	—
Marienberg	2	3	—	—

Eher wir uns die Zahlen genauer an, so fällt unter Leipzig die hohe Zahl der Lehrlinge, 23, bei 66 Betrieben auf. Noch viel trasser liegt die Sache in Chemnitz. Der Chemnitzer Fragebogen gibt auf die Frage, wie sich die Lehrlinge auf die einzelnen Betriebe verteilen, folgenden Aufschluß: Es werden in 7 Werkstätten Lehrlinge gezüchtet und zwar:

Betrieb	1 Betrieb	6 Lehrlinge bei 10 Betrieben
= 1	8	13
= 1	6	5
= 1	2	2
= 1	2	5
= 1	1	4
= 1	1	—

Die Lehrzeit beträgt in allen Orten 8 bis 4 Jahre. Wenn man diese jungen Leute ihre Lehrzeit absolviert haben, werden sie meist an die frische Luft gesetzt, um Platz zu machen für neue Jucht. Das Aueraner sollen die Arbeiter besorgen, denen man damit zumutet, sich ins eigene Fleisch zu schneiden. Denn die Lehrlinge werden doch nur zur Lohnrückfertigkeit benutzt. Was von den Lehrlingen gesagt

Anfangs der achtziger Jahre war das zum Beispiel noch in einem großen Teile des Südens der Fall. In New-Orleans gab es keine mit Dampf oder einem anderen Motor betriebene Schleiferei. Infolgedessen wurden dort für derartige Arbeiten ungeheure Preise geboten, für eine Haarschere zum Beispiel 25 Cent, für eine Schneiderschere 1 bis 1 1/2 Dollar u. s. w. Der größte Teil der reparaturbedürftigen Rasiermesser und Scheren wurde nach New-York geschickt. Für den eingewanderten deutschen Messerschmied ist es ratsam, sich so bald wie möglich selbstständig zu machen, was in Amerika verhältnismäßig leicht ist und mit geringen Mitteln geschehen kann; eine Schleiferei dürfte sich für diesen Zweck am besten eignen.

Was die Stellung der Messerschmiedgehilfen im allgemeinen betrifft, so ist zu bemerken, daß sie sich dem großen Verband der amerikanischen Eisen- und Stahlarbeiter angeschlossen haben. Als Haupterrungenschaft ihrer Zugehörigkeit zu dieser Union erfreuen sie sich des fast überall eingeführten Achtstundentags. Bezüglich der Leistungen amerikanischer Messerschmiede — es ist zunächst nur von Schleifern die Rede — muß zugegeben werden, daß viele von ihnen ein Rasiermesser tadellos hohl zu sägeln verstehen, es sind dies jedoch heinabe ausnahmslos Leute, die ihr Geschäft in der alten Heimat erlernt haben.

Die Ausbildung von Lehrlingen, soweit sie überhaupt in Amerika existiert, läßt bis jetzt viel zu wünschen übrig; die gründliche Erlernung eines Handwerkes ist eben nicht des Amerikaners Sache, dagegen sind mir Fälle bekannt, in denen die Söhne eingewandeter Schleifer, obwohl sie selbst wenig von der praktischen Ausübung der Profession verstanden, das sich in bescheidenen Grenzen haltende Geschäft ihres Vater, vermöge ihrer kaufmännischen Begabung, zu einer ungeahnten Höhe brachten. (Schluß folgt.)

Es gilt auch bei den angelernten Hilfsarbeitern, die zum Bohndrücken beschalten müssen. In Bohndrücken sollte man mit diesen patieren und darauf bringen, daß ihnen die gleichen Preise bezahlt werden wie den gelernten Drückern.

Die Frage nach der Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden wurde wie folgt beantwortet:

Table with 4 columns: Ort, höchste Arbeitszeit, niedrigste Arbeitszeit, durchschnittliche Arbeitszeit. Rows include Dresden, Leipzig, Chemnitz, Altenburg, Aue, Wurzen, Meissen, Marienberg.

Die längste Arbeitszeit hat also Marienberg mit 70 Stunden, die niedrigste durchschnittliche Arbeitszeit hat Leipzig und Umgegend mit 57 Stunden. In allen Orten bis auf einen werden Überstunden gemacht.

Die Höhe des Stundenlohnes für gelernte Drücker stellt sich wie folgt:

Table with 4 columns: Ort, höchster Lohn, niedrigster Lohn, durchschnittlicher Lohn. Rows include Dresden, Leipzig, Chemnitz, Altenburg, Aue, Wurzen, Meissen, Marienberg.

Der höchste durchschnittliche Stundenlohn mit 45 Pf. wird in Dresden und Umgegend, der niedrigste mit 21 1/2 Pf. in Marienberg bezahlt, wo auch, was besonders hervorzuheben ist, die längste Arbeitszeit herrscht.

Im Afford wird verdient:

Table with 4 columns: Ort, höchster Verdienst, niedrigster Verdienst, durchschnittlicher Verdienst. Rows include Dresden, Leipzig, Chemnitz, Altenburg, Aue, Wurzen, Meissen, Marienberg.

Den höchsten durchschnittlichen Affordverdienst hat demnach Dresden und Umgegend und den niedrigsten wieder Marienberg.

Über die verschiedene Höhe der Durchschnittslöhne in den einzelnen Orten gibt es zweierlei Meinung. Die erste geht dahin, daß sich die Lohnfrage nicht verallgemeinern lasse, daß sich zum Beispiel ein Drücker in Altenburg mit 22 Mk. pro Woche mindestens ebenso gut fühle, wie einer in Leipzig mit 25 Mk., da die Verhältnisse in Altenburg eben andere sind als in Leipzig.

Über das Organisationsverhältnis der Metallarbeiter gehen folgende Zahlen Aufschluß; es gehören dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an:

Table with 4 columns: Ort, Anzahl Drücker, Prozent. Rows include Dresden, Leipzig, Chemnitz, Altenburg, Aue, Wurzen, Meissen, Marienberg.

Von 224 Drückern sind 153 im Deutschen Metallarbeiter-Verband, das ist 68 1/2 Prozent. Was lehren uns diese Zahlen? Sie lehren, daß es noch tüchtige Arbeit für jeden organisierten Kollegen gibt, wir dürfen nicht eher ruhen, bis der letzte unseres Berufes im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert ist.

Zum Lohnkampf der Berliner Metallarbeiter.

Die Scharfmacher der Berliner Metallwarenfabrikanten begannen nun, da die Arbeiter nicht zu Kräfte trieben, die öffentliche Meinung zu bearbeiten. Sie jagten die Arbeiter, welche Elaborate auch die Kunde durch die Preispressen machen. Die Boffische Zeitung und die Staatsbürger-Zeitung haben sich beide in je einem Leitartikel mit der Bewegung in der Metallindustrie befaßt.

nicht verdienen kann, zu entlassen. Die Boffische Zeitung aber hält ihre Leser für so unvorsichtig, daß sie ihnen allen Ernstes das Märchen aufbinde, die Arbeiter verlangten, daß Entlassungen nur nach Verständigung mit der Gewerkschaftskommission (!) stattfinden sollten.

Wer sich selbst überzeugen will, in welcher unerhörten Weise hier in verschiedenen Punkten die Forderungen der Arbeiter verdrängt und entstellt werden, braucht nur den am 28. September vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts vereinbarten Tarif (abgedruckt in Nr. 41 der Metallarbeiter-Zeitung) nachzulesen.

Die Boffische gibt den Streikenden schließlich den Rat, ihre „unhaltbaren“ Forderungen aufzugeben, dann würden sie sicher Entgegenkommen bei den Fabrikanten finden können. Selbstverständlich denken die Streikenden nicht daran, den Kühnemännern diesen Gesallen zu tun.

Die Staatsbürger-Zeitung bringt in ihrem „Wo bleibt die Regierung“ überschriebenen Artikel noch die sensationelle Mitteilung, daß die Fabrikanten die Absicht haben, 33 Prozent der Zentralheizungsarbeiter und der Kupferschmiede auszusperren. Was das helfen soll, wenn die wenigen Arbeiter, die dabei in Betracht kommen würden, entlassen werden, was namentlich die Kupferschmiede, die doch ihren eigenen Verband haben — nur acht oder neun gehören dem Metallarbeiter-Verband an —, damit zu tun haben sollen, ist unerklärlich.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden mehrere Drohbriefe verlesen, die Fabrikanten an Streikende geschickt haben. Teils drohen sie mit einer Anklage wegen Belästigung von Streikbrechern, teils suchen sie den Streikenden klar zu machen, daß sie nie und nimmer wieder eingestellt werden. Ferner wurde berichtet, daß wiederum mehrere Streikposten gestiftet worden sind, obgleich sie nicht das geringste begangen hatten, was gegen die Gesetze verstößt.

Einem neuen Beweis für die Tatsache, daß innerhalb der Vereinigung der Metallwarenfabrikanten eine starke Strömung für Verhandlungen mit dem Metallarbeiter-Verband vorhanden ist, bietet ein Zirkular der Fabrikantenvereinigung, das vom 14. Oktober datiert ist. Das Zirkular richtet sich ausschließlich gegen ein Schreiben, das von einem Fabrikanten, der sich F. L. nennt, an einige Mitglieder der Vereinigung verfaßt worden ist und worin für Verhandlungen mit den Streikenden Propaganda gemacht wird.

Ein der warmtesten Zeichen der gegenwärtigen Situation ist es, daß kein Fabrikant weiß, wer von seinen Arbeitern mit ihm gehalten hat. Hat doch dieser Streik gelehrt, daß bei sehr zahlreichen Fabrikanten gerade diejenigen Arbeiter am entschlossensten für die Arbeitsniederlegung waren, von denen er glaubte, daß sie am treuesten mit ihm hielten!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Begünstigt der vom Vorstand eingeleiteten statistischen Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Eisen- und Metallgießereien Deutschlands machen wir darauf aufmerksam, daß die als Hilfsmittel für die Erhebungen dienen und vom Vorstand in größeren Posten bezogen werden können.

Jedem wir auf die Wichtigkeit dieser statistischen Erhebungen hinweisen, ersuchen wir die Ortsverwaltungen, Betriebsräte und Geschäftsführer dringend, unverzüglich die nötigen Anordnungen zu treffen, damit die ausgefüllten Fragebogen bis zu dem angegebenen Zeitpunkt, 1. Dezember 1903, an den Vorstand eingeleitet werden können.

Die Verwaltungen, in deren Geltungsbereich keine Eisen- oder Metallgießerei ist, wollen dies sofort nach hier mitteilen, damit die nötigen Hilfsmittel für die Zusammenstellung schon jetzt vorbereitet werden können und keine Verzögerung durch etwaige Anordnungen eintritt.

Die Verwaltungen, die vor einer in den benachbarten Ortlichkeiten gelegenen Gießerei Kenntnis haben, jedoch mit den darin beschäftigten Arbeitern aus irgend einem Grunde keine Verbindung haben, wollen dies dem Vorstand und dem zuständigen Bezirksleiter mitteilen.

Aus Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit darf keine Sicherheit bei den Erhebungen übergangen werden.

Einigkeitlich der Arbeitslosenstatistik

ersuchen wir alle arbeitslosen Mitglieder an Orte, auch die, welche noch nicht unterstützungsberechtig sind, sich stets bei den örtlichen Verbandsstellen zu melden.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptklasse die Erhebung eines Extrabeitrags gestiftet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Heidenheim die Erhebung einer monatlichen Extrasteuer von 10 Pf. pro Mitglied.

Die Verwaltungsstelle Kuppenheim während der Dauer der Berliner Aussperrung eine wöchentliche Extrasteuer von 1 Mk.

Der Verwaltungsstelle in Mannheim die Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitrags von 5 Pf. ab 1. Januar 1904. Ferner hat jedes Mitglied der Mannheimer Verwaltungsstelle zur Unterstüzung der Lichtbezugsberechtigten beim Langstehen Streik eine Extrasteuer in der Höhe von 2,70 Mk. zu leisten.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3, Abs. 3a, des Statuts:

Auf Antrag der Einzelmitglieder in Dresden: der Goldschläger Oskar Eisner, geb. am 9. September 1855 zu Dresden, Buch-Nr. 230 860;

der Goldschläger Wilhelm Frensdrich, geb. am 30. Juli 1883 zu Wien, Buch-Nr. 481 800;

der Goldschläger Felix Wittmann, geb. am 10. Mai 1879 zu Leipzig, Buch-Nr. 363 363;

die Schneiderin Elisabeth Köhler, geb. am 11. August 1868 zu Guben, Buch-Nr. 499 489, sämtliche wegen Streibbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Offenbach a. M.: der Feilenhauer Michael Wallner, geb. am 9. Februar 1887 zu Rosenheim, Buch-Nr. 523 939, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Zweibrücken: der Schlosser David Dieter, geb. am 23. September 1864 zu Willmannshagen, Buch-Nr. 576 823, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Nicht wieder aufgenommen werden darf: Auf Antrag der Einzelmitglieder in Dresden: die Schneiderin Marie Koberg, geb. am 7. Septbr. 1867 zu Dresden, wegen unkollegialen Verhaltens.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Sagen: der Schlosser Konrad Kramer, geb. am 7. Mai 1849 zu Kassel, Buch-Nr. 122 040, wegen Schädigung des Verbandes.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Ratingen: der Schmied Josef Combüchen, geb. am 2. Oktober 1865 zu Sinterf, Buch-Nr. 444 279, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Nichtiggestellt wird bezüglich der in Nr. 41 veröffentlichten Ausschüsse aus Mannheim:

1. statt Jean Schieber — Jean Schieber; 2. statt Peter Reuter — Peter Reuter, 3. statt Karl Schwelm — Karl Schwelm.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß beziehungsweise Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend angeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerkten, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Es wird zur Last gelegt: dem Mitglied Karl Redfiegel, geboren am ?, Buch-Nr. 532 654, nach einem von der Verwaltungsstelle in Dortmund aus gestellten Antrag, betreffend Vergehen gegen Verbandseigentum.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Straße 16 b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zugzug ist fernzuhalten:

von Feilschmiedern, Feilenschleifern und Feilenschmiedern nach Bielefeld (Zimmermann);

von Feingoldschläger nach Dresden; nach Nürnberg (Christian Schmidt, Obere Markt-gasse 12; Adam Singer, Warenstraße);

Jean Rich, Fürthstr.; Michael Reiser, Paradiesstr.; nach Fürth (Ludwig Spiegelberger, Königswarterstr.); nach Stuttgart (Wuttler) D.;

von Formern und Eisengießereiarbeitern nach Bayreuth (Hensel) St.; nach Berlin; nach Friedland i. M. (Friedländer Eisenwerk) St.; nach Neu-Ruppin; nach Ratingen (Roch & Wollenstein) St.;

von Gürtlern nach Berlin St.;

von Klempnern und Justalantoren nach Barmen-Elsfeld St.;

nach Magdeburg St.; nach Renscheid D.;

von Metallformern, Metallbrechern, Rotgießern und Metallschleifern nach Nürnberg (Palm) St.;

von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin; nach Celle (Maschinenfabrik) St.; nach Neu-Strelitz (Gebr. Maß) Ml.;

nach Ruhl a. Thür. (Gebr. Zühl) St.;

von Metalldrückern nach Berlin St.;

von Metallgießern nach Nürnberg (Palm) D.;

von Silberschläger nach Schwabach (Farnbacher) D. (Sturm) St.;

von Schleifern nach Neumarit i. Oberpf.;

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; M.: Aussperrung; D.: Differenzen; N.: Maßregelung; Ml.: Mißstände; R.: Lohn- oder Afford-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Aus der Metallindustrie.

Die Geschäftsaussichten des Kruppwerkes

sind nach der Rheinisch-Westfälischen Zeitung für die nächsten Jahre sehr günstig. Dazu trägt vorzugsweise bei das auf den Markt gebrachte Rohrdrückaufselbstgehäuse in seiner jetzigen Beschaffenheit, womit die Firma Krupp untreutig einen Erfolg über andere Geschäftfirmen erringen habe. Zeitweilig seien bereits jetzt die Kanonen- und Lafettenbetriebe angeknüpft beschäftigt. Weitere Bestellungen in Rohrdrückaufselbstgehäusen vom Ausland, sowie die bestimmt in Aussicht stehende Umänderung der preussischen Feldgeschütze ließen mit Sicherheit eine intensive Beschäftigung des Kruppischen Werkes in den nächsten drei bis fünf Jahren voraussetzen.

Daß die Firma Krupp das Geschäftsmachen versteht, dafür liefert die Vorwärts in den letzten Tagen wieder einen Beweis. Demnach unterhalten die Werkzeugfabrikanten im Ausland Agenten, um die Regierungen für die Neubeitungen zu interessieren. Sie spielen eine Regierung gegen die andere aus und machen dabei ihre Geschäfte. Die Firma Krupp unterhält zum Beispiel in der

ganzen Welt, bc. allen Regierungen, ganz gleich, ob es Monarchien oder Republiken sind, ein Heer von Agenten, das die Aufgabe hat, den resp. Ländern gegen gute Zahlung die Priorität in den diversen neuesten und allerneuesten Vaterlandsverteidigungsmitteln zu offerieren. Ueber die Organisation dieses Agentenheeres heißt es im Generalregulativ der Firma Krupp: „Die Firma ernennt und bestellr zur Wahrnehmung ihrer Interessen nach außen hin Vertreter (Agenten), welche in folgende vier Klassen zerfallen:

I. Hauptagenten mit der Bezeichnung „Bevollmächtigte der Firma Krupp“.

II. Agenten. Ihnen wird mit Rücksicht auf den ihnen angewiesenen engeren und weniger einträglichen Geschäftskreis bestimmungsmäßig gestattelt, neben der ihnen übertragenen Agentur der Firma Krupp noch andere Agenturen zu führen. Diefelben dürfen natürlich mit den Geschäftsinteressen der Firma nicht kollidieren.

III. Unteragenten. Diese werden für einzelne Länder, Städte und kleine Geschäftskreise in den Gebieten der unter I und II aufgeführten Hauptagenten bestellt.

Die vierte Klasse der Agenten umfaßt diejenigen, welche die Produkte der Firma auf eigene Rechnung verkaufen. Auch diese Agenten sind auf der ganzen Welt verbreitet, auch sie sorgen dafür, daß keine neueste Erfindung in preussisch-deutschen Militärkabinet verstaubt. Sowelt das Geschäftsinteresse einen Verkauf der beiten Angriff- oder Abwehrwaffen verbietet, verkauft man die Lizenz zur Nachahmung der Verfahren und Konstruktionen. So war es beispielsweise ja auch bei der berühmten Nickelstahlpangierplatte. Deutschland hatte sich noch nicht „geschickt“ mit der neuen Platte, da war die Lizenz zur Fabrikation in Frankreich schon verkauft, und französische Konstrukteure wurden auf dem Kruppischen Werk in die Geheimnisse des Verfahrens eingeweiht. Die Verhandlungen in der Zellulosekommission brachten auch noch aus Tageslicht, daß das Ausland die schützenden Platten billiger aus Deutschland bezieht als Vater Staat. Auf dem Kruppischen Werk waren ausländische Vertreter mit Exemplaren der Rücklaufgeschütze beschäftigt, da wurde das teure Vaterland noch flott bedient mit „großartigen“ Schnellfeuereschützen, welche — sich sofort als längst übertrifften erwiesen, nachdem die Armierung der Artillerie mit dem vornehmsten Krupp-Geschütz beendet war. Nun sollen wir als allerneuestes Instrument der Vaterlandsrettung das Rohrrücklaufgeschütz bekommen; ist dessen Einführung beschlossen, dann erproben Ausländer die jüngst-gebrorene Konstruktion, seien es Panzerplatten, Geschosse oder Geschütze. So spielt der Nordwerkzeugpatriotismus das Ausland gegen das Vaterland aus — und die Millionen fließen! —

**Reihertieg-Schiffswerke und Maschinenfabrik Hamburg.**

Diese Gesellschaft gebedete sich vor etwa über 2 Jahren, als ihre Mieter eine Lohnerhöhung von 2 Pf. für die Stunde forderten, als ob dadurch der Ruin des Geschäftes herbeigeführt würde. Und in brutalem Übermut wurden Tausende von Metallarbeitern auf Pflaster geworfen. Die Rechenschaftsberichte der Gesellschaft zeigen aber, daß sie sowohl 1901 als auch 1902 sehr gut florierten. Nach dem Geschäftsbericht war die Werk in verfloffenen Jahre gut beschäftigt, der Arbeiterbestand durchweg höher als im Vorjahre. Festgestellt wurde ein Fracht- und Passagierdampfer von 5200 t Tragfähigkeit, ferner wurden mehrere Kesselerneuerungen vorgenommen. Im Bau verblieben der Doppelschrauben-Post- und Passagierdampfer „Feldmarschall“ von etwa 6000 t Tragfähigkeit für die Deutsche Ost-Afrika-Linie, der im Juli zur Ablieferung gelangte, ferner der Fracht-dampfer „Emilie Börmann“ für die Börmann-Linie, von etwa 3700 t Tragfähigkeit und schließlich der Doppelschrauben-Post- und Passagierdampfer von etwa 7200 t Tragfähigkeit S. S. „Cap Blanco“ für die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, ferner diverse Schiffstiesel. Die Anlagen auf Steinwärden erhielten Bahnanschluß. — Nach Abzug aller Unkosten inkl. Abgänge und Reparaturen an Baulichkeiten, Werkzeugmaschinen, Werkzeugen und Schwimmböden verbleibt infll. des Vertrags vom vorigen Jahre ein Reingewinn von 572 809 Mk., der wie folgt verteilt wird: Ausschüßsrats 16344 Mk. (23,98%), Dividende 10 Prozent (13 Prozent) = 250000 Mk., Vortrag auf neue Rechnung 6465 Mk. Der Bericht des Ausschüßsrats motiviert die beantragte Kapitalerhöhung um 500000 Mk. mit der Vergrößerung der Anlagen.

**Die Vereinigte Königs- und Laurahütte**

in Oberschlesien hat in den letzten acht Jahren über 26 Millionen Mark Dividende, durchschnittlich reichlich 12 Prozent pro Jahr an die Aktionäre verteilt, dabei aber noch fast 27 Millionen Mark Abschreibungen gemacht, so daß der Bruttogewinn in den acht Jahren über 53 Millionen Mark ausmacht. Selbst in den letzten beiden Krisenjahre sind 10 beziehungsweise 11 Prozent Dividende verteilt und 6% Millionen Mark Abschreibungen gemacht worden. Während so das Kapital aus dem Schwelge der Arbeiter Nutzen über Ruhen zieht, führen die Arbeiter ein kümmerliches Dasein. Ihre Löhne, ohnehin nicht zur notwendigen Frischung des Lebens ausreichend, sind seit dem Jahre 1900 bis 1901 zurückgegangen. Auch im Jahre 1902 war das der Fall, obwohl in diesem Jahre nicht nur die Abschreibungen, sondern auch die Dividenden eine Steigerung von mehr als dreiviertel Millionen Mark aufzuweisen haben. Die Zahl der Arbeiter, die Lohnsumme und der durchschnittliche Jahresverdienst pro Arbeiter stellten sich während der letzten fünf Geschäftsjahre wie folgt:

Geschäftsjahr	Arbeiter	Lohnsumme in Mark	Jahresverdienst in Mark
1898 bis 1899	17779	14920869	839,24
1899 bis 1900	19117	16463569	861,20
1900 bis 1901	20277	17477528	861,89
1901 bis 1902	20343	17602416	858,78
1902 bis 1903	20028	16573462	827,51

Im Geschäftsjahre 1902 bis 1903 nahm der Anteil der Aktionäre am Ertrag um 10 Prozent zu, während die Lohnsumme um rund 2% Prozent zurückging. Die Steigerung der Abschreibungen, die gleichfalls sehr beträchtlich ist und über eine halbe Million Mark beträgt, kommt außerdem gleichfalls nur den Aktionären zu gute.

**Korrespondenzen.**

**Feilenhauer.**

Ura. Ein Eldorado für Feilenhauer ist die Feilenhauererei von Friedrich Hüß vormalig Meher in Ura. Der Meister ist noch ein ganz junger Herr, aber desto schneidiger im Auftreten. Wenn ein Kollege anfängt, dann sagt der noble Herr Meister gewöhnlich: „Bei mir können Sie immer bleiben, da haben Sie Lebensstellung.“ Die Arbeitszeit ist eine 11stündige. Morgens 8 Uhr kommt der Herr Meister selbst in die Bude, dann stellt er sich 1-2 Minuten vor den Arbeiter hin, um ihn anzutreiben. Es wird in Lohn gearbeitet, der 2,60 bis 2,80 Mk. für ältere Kollegen beträgt. Das Werkzeug ist in einem grauenhaftem Zustand. Mit dem Handfeilenmeißel soll man auch Mühlflügelhauen. Die Ambosse sind das reinste Federpiel, sie wackeln hin und her wie eine Schaukel. Auch wird man geiderig gefragt, ob man „beim Verband“ ist. Ist dies der Fall, dann jagt Hüß, man solle so schnell als möglich austreten, da der Verband doch nichts nütze. Er ist zwar früher auch einmal dabei gewesen, aber jetzt als Kleinmeister ist ihm der Verband ein Dorn im Auge. Vielleicht ist er auch den Kollegen von Feuerbach bekannt aus seiner früheren Tätigkeit. Die Arbeiterbude selbst ist so elegant eingerichtet, neben den Hauptlöden ist gleich das Gartenwasser, hinter diesem der Horteigen. Was das für ein Vergnügen ist, beim Hächchen am Hauptloch zu sitzen, kann sich jeder leicht vorstellen. Die Bude ist gepläpelt, es fehlen aber schon soviel Steine, daß man Abort geben muß, um nicht in eines der Löcher zu geraten. Ein Abort ist nicht bei der Bude, man muß in den Abort des nahegelegenen Bahnhofs gehen. Am Samstag ist gewöhnlich der Herr

nicht zu sprechen und man muß oft stundenlang auf den sauerverdienten Lohn warten. Innerhalb zwei Monaten haben in der Bude 5 Mann geschafft.

**Formen.**

**Guben.** In der Eisgießerei von Bernhard Judel haben die Formen die Arbeit eingestellt. Die Zustände in diesem Betriebe sonstige Hilfsmittel sind vorhanden. Weber Werkzeuge noch den Materialkerne anzufernen ist geradezu ein Kunststück. Über auch äußerlich gefährlich für die dort Beschäftigten ist wegen des Materialmangels die Arbeit dort. Es ist kein brauchbaren Lehm vorhanden, und so ist es vorgekommen, daß der Ofen nach dem Vorhitze nicht rechtzeitig verloschen werden konnte und die Pfannen überliefen. Das Gießen geschieht regelmäßig in den Abendstunden. Die Werkstätte hat keinerlei Beleuchtung, so daß die Formen gezwungen sind, mit ihren Fahrradlaternen und Holzbränden eine notdürftige Beleuchtung herzustellen. Dem ist es auch zuzuschreiben, daß die Formen beim Eintreten über die Formkasten stolpern und sich verlegen. Erst kürzlich ist ein Kollege gestürzt und hat sich derartig schwer verbrannt, daß er zurzeit noch arbeitsunfähig ist. Dazu kommt noch, daß Kerne und Rohlfand von den Formern selbst hergestellt werden müssen, und das bei geradezu jämmerlichen Löhnen und Arbeitsstunden. Die kürzlich bewilligten Lohnsätze von 20 bis 35 Pfg. pro Stunde scheinen dem Herrn Judel nachträglich zu hoch vorgekommen zu sein, weshalb er sie durch Abzüge zu reduzieren versucht. Der Meister des Herrn Judel (Girsch-Zunderfcher) hat noch nicht den Finger krumm gemacht, um diese haarsträubenden Zustände auszumergen. Im Gegenteil sorgte auch er dafür, daß die Arbeiter möglichst gedrückt wurden. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat er einen Formner eingestellt, dem er 35 Pf. Lohn verprochen, aber nur 32 Pf. gegeben und ihn auf die nächste Woche vertrübelt hat. Trotzdem er diesen Kollegen zu überreden versuchte, mit seiner Familien nach Guben überzuführen, zog es der Formner doch vor, dieses „Formner-Gharado“ zu verlassen. Mögen sich die Kollegen vor einem Meinsfall bewahren.

Reu-Eluppin. Schon seit Wochen befinden sich die bei der Firma Fricke beschäftigten Formner mit ihr in Differenzen. Nachdem ein Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes mit Herrn Fricke Rücksprache genommen hatte, sollte in Zukunft statt der 11stündigen die zehnstündige Arbeitszeit mit entsprechender Lohnerhöhung eingeführt werden. Die zehnstündige Arbeitszeit wurde auch eingeführt, die Lohnerhöhung blieb aber aus. Ein nochmaliger Versuch der Formner, Herrn Fricke zu veranlassen, die verprochenen Lohnerhöhung zu bezahlen, wurde abgelehnt, ebenso erging es einem nochmals vorstellig gewordenen Verbandsvertreter, dem die Löhre gezüigt wurde mit der üblichen Scharfmacherrede: „Wer hat in meinem Betrieb zu bestimmen, ich oder Sie?“ Es wurden bis jetzt für die Formner Stundenlöhne von 25, 27 und 30 Pf. bezahlt, bei den dort beschäftigten Schließern und Drehern sind die Löhne die gleichen. Leider ist die notwendige Organisation bei diesen dreijährigen Lehrlern durchzumachen haben, dann für einen derartigen Hundelohn als Gefelle arbeiten müssen, so muß man sich wundern, daß der größte Teil dieser Kollegen, trotzdem ihnen schon genug dazu Gelegenheit gegeben worden ist, sich noch nicht der Organisation angeschlossen haben. Die Formner erklärten nun, daß sie unter keinen Umständen unter diesen Verhältnissen weiter arbeiten können, da sie doch sonst nach und nach verhungern müßten. Es wurde nun eine Besprechung abgehalten, in der in Anwesenheit eines Vertreters der Gewerkschaft folgende Forderungen formuliert und einstimmig angenommen wurden: 1. Die Arbeitszeit beträgt täglich 10 Stunden. 2. Überstunden werden mit 25% Aufschlag bezahlt. 3. Der Mindestlohn für Formner beträgt pro Stunde 30 Pf.; Formner, die bis jetzt einen Stundenlohn von 30 Pf. erhielten, bekommen einen Zuschlag von 2 Pf. 4. Bei Eintreten von Arbeitsmangel ist, bevor Entlassungen vorgenommen werden, die Arbeitszeit so viel wie möglich zu verkürzen. Da nun bis 11. Oktober die gestellten Forderungen nicht bewilligt waren, haben sämtliche Formner, 8 an der Zahl, die Arbeit gekündigt. Wir ersuchen die Kollegen den Zugang von Formnern nach hier streng fernzuhalten, damit wir in unserem gerechten Kampf den Sieg erringen.

**Schönningen.**

Wie schon kurz in Nr. 42 berichtet, stellten am 8. Oktober die Formner der Firma A. W. Wudensen (G. m. b. H.) wegen Akkordreduzierung bis zu 50 Prozent und Maßregelung von drei Kollegen die Arbeit ein. Schon seit geraumer Zeit ging die Firma mit dem Plane um, Abzüge zu machen, hatte aber immer noch nicht den Mut dazu, sondern wartete den jetzigen Zeitpunkt ab. Mitte September kam eines Tages Herr Gotfche (ein Teilhaber der Fabrik) mit einem Buche unter dem Arme eiligen Schrittes nach der Gießerei, er hatte entdeckt, daß die Formner diesen Sommer zu hohe Preise bezahlt erhalten hätten. In dem Buche, das er mitbrachte, wären die Preise enthalten, die früher bezahlt worden wären und jetzt wieder bezahlt werden sollten. Was Herr Gotfche unter früher versteht, wurde uns nicht klar, denn als die Kollegen erklärten, er möchte doch die Akkordbücher der Formner nachsehen, worin die Preise doch auch verzeichnet sind, wollte der Herr nichts davon wissen; er hatte nur zu erwidern: Die gehen mich nichts an, die werden vernichtet. Am zweiten Tage des Streiks wurde im Betrieb folgender Ulas angeschlagen: „Den Formnern (folgen Namen) ist der Zutritt zu der Gießerei sowie zu den Fabrikräumen untersagt.“ Was die Firma sich dabei denkt, ist uns unbekannt. Befürchtet die Fabrikleitung, die Formner wollen die Fabrik mit Dynamit in die Luft sprengen? Oder meint sie, wir lassen uns zu Gewalttätigkeiten hinreizen? Wir wissen, was wir zu tun und zu lassen haben. Als Arbeitswüßtiger ist vorhanden der Bruder des Meisters Wilhelm Wohlhart; wir wünschen ihm aber alles Gute, es soll ihm nicht wieder so gehen, wie bei der Firma Schönmernann, wo er 23 Jahre ununterbrochen tätig war und vergangenen Jahr ohne Grund entlassen wurde. Als Arbeitswüßtiger fungiert auch Otto Schelm, der jetzt erst vom Militärlaufen ist und die schneidig repressive Disziplin noch in sich trägt. Ober wartet vielleicht schon ein Kriegerverschein auf seinen Eintritt, weil er angibt, mit 12 Mark Unterstützung nicht auskommen zu können? Schelm ist erst eingestellt worden, nachdem die Kollegen entlassen waren, weil Meister Wohlhart schon einen Streit befürchtet hatte, wie er jetzt angibt; Schelm legte die Arbeit mit nieder, um jedoch nach wenigen Stunden schon fahnenflüchtig zu werden. Wir ersuchen die auswärtigen Kollegen, uns in diesem Kampf zu unterstützen, indem sie Schönningen meiden.

**Mechaniker.**

Hamburg. Die Firma Dr. Lütjke & Arndt in Wandsbeck bei Hamburg sucht fortgesetzt Feinmechaniker unter dem Versprechen eines Verdienstes von 45 bis 50 Pf. pro Stunde zu veranlassen, nach hier zu kommen. Besonders Dresden und Frankfurt a. M. sind die Orte für die Forderungen der Firma. Sind die Kollegen aber erst hier, dann werden ihnen 35 bis 40 Pf. Stundenlohn geboten; der Verdienst in der verprochenen Höhe wird höchstens bei etwaiger Akkordarbeit erreicht, das heißt, wenn der betreffende Arbeiter etwas ganz außergewöhnliches zu leisten vermag. Deshalb Kollegen, laßt euch nicht gelassen, zu den Wandsbecker Fleischtöpfen zu kommen, nach ein-zwei Tagen oder Wochen müßtet ihr wieder entlassen oder ihr verlaßt gern selber diese herrliche Arbeitsstätte und verneht das Heer der hiesigen Arbeitslosen. Zu Auskunft ist gern bereit die Ortsverwaltung in Hamburg.

**Braunschweig.**

In der am 8. Oktober abgehaltenen gemeinsamen Versammlung erbatete zunächst der Geschäftsführer Kollege D. Hammer Schmidt den Tätigsteins- und Kassenbericht pro Quartal 1903. Diefem folgten wurden 12 Vorstands-, 1 Vertrauensmannern- und 5 engerer Sitzungen, 6 Gemeinssame, 6 Formner, 1 Klempner- sowie 5 Werkstättenversammlungen mit zusammen 6 Vorträgen abgehalten. Die Korrespondenz züigte 27 Posten- und 40 Post-

ausgänge. Die Regelung von Wätskänden auf verschiedensten Gebieten erforderte in 7 Fällen das Einschreiten der Ortsverwaltung, die auch meist nach Lage der Sache zu annehmbaren Abschlüssen führten. Die Mitgliederbewegung zeigt wiederum das Wüß des Vorwärtsgehens. Bestand am Schluffe des 2. Quartals 1408 Mitglieder. Neuaufnahmen 196, zugezueft 181, Summa 1716. Abgelieber durch Tod 1, freiwillig 31, gestrichen 27, abgezueft 156, Summa 215, somit Bestand am Schluffe des 3. Quartals 1600 Mitglieder, die sich auf folgende Berufe verteilen: 825 Schlosser, 270 Dreher, 229 Formner, 128 Klempner, 32 Metallarbeiter, 30 Mechaniker, 19 Gelbliefer, 18 Schliefer, 17 Kesselschmiede, 18 Bohrrißten, 18 Schmiede, 9 Feilenhauer, 9 Hobler, 8 Kernmacher, 4 Elektromonteur, 4 Gütler, 3 Drahtweber, 3 Maschinenbauer, 3 Stellmacher, 2 Nietler, 2 Modellfchiler, 2 Silberpolierer, 2 Fräpner, 2 Rißler, 2 Nadler, je 1 Werkstarbeiter, Bandagist, Heizer, Tischler, Uhrmacher, Untermidler, Justierner, Goldarbeiter, Zeugschmied, Silberpolierer und 8 Arbeiterinnen. Die Sterbetasse, die 1086 Mitglieder, darunter 405 Frauen und 23 Wüter zählt, hat seit Bestehen eine Einnahme von 1798,40 Mk., eine Ausgabe von 1929,89 Mk. und jetzigen Bestand von 468,71 Mk. zu verzeichnen. Die Kassenverhältnisse der Haupt-, sowie der Lokalkasse haben einen günstigen Abschluß gefunden und bilanzieren bei der Hauptkasse in Einnahme und Ausgabe mit 9240,41 Mk., darunter 1481,95 Mk. für Reise- und Ortsunterstützung, bei der Lokalkasse in Einnahme 2705,85 Mk., Ausgabe 1607,64 Mk., Bestand 1098,21 Mk. Als Bezirkskassen sind 21 Kollegen tätig. An den mit Befriedigung ausgenommenen Bericht schloß sich eine längere Debatte, es wurde gewünscht, den jetzt herrschenden Wätskänden in den Betrieben die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Im weiteren kam die Angelegenheit wegen der Abattmarkten von Hamburgr & Vittauer zur Sprache und wurde gewünscht, solche Sachen in Zukunft nicht mehr mitzumachen. Nachdem aufgefördert worden war, daß die Kollegen, deren Mitgliedsbücher mit diesem Jahre zu Ende gehen, und die einen Metallarbeiter-Motivkalender haben wollen, sich melden mögen, wurde die Versammlung geschlossen.

Dortmund. Die Mitglieder des Verbandes werden darauf aufmerksam gemacht, daß vom hiesigen Gewerkschaftsstatell das Bier der Dortmunder Kronenbrauerei bogkottiert ist. In der letzten Mitgliederversammlung wurde besonders darauf hingewiesen, daß der Bogkott nicht nur das Bier, sondern auch die Wüze und Gändler trüßt, die Kronenbier führen.

**Dresden.**

Unter den Bronzearbeitern, hauptsächlich der Beleuchtungsbranche, gährt es. Besonders aufregende Vorkommnisse spielen sich in den Fabriken von K. M. Seifert, Chemnitzstraße, und Meißner, Feldschlößchenstraße, ab. In erstergenannter Fabrik hat sich ein Denunziant gefunden, der der Firma brieflich allerhand Mitteilungen machte. Vor einigen Tagen wurde plötzlich ein Gütler entlassen mit der Begründung, er hätte für die Grunmitfchauer Textilarbeiter Geld geklammert. Herr Gaudly, der durch die Mitteilungsvermittlung bekannt gewordene Mitinhaber der Firma, war so „Niederwürdig“ und erklärte dem Werkmeister: „Wenn Sie nicht den Mann sofort entlassen, schneide ich Sie beide naus.“ Die Arbeitsverhältnisse faugen in letzter Zeit an, so schlecht zu werden, daß die Arbeiter sehr aufgebracht sind und daß man in kurzer Zeit ernste Differenzen erwartet. Die Abzüge sind permanent. In der letzten Zeit haben sich manche Sachen abgespielt, aber daß die Firma auf anzugne Denunzianten etwas gibt, ist doch unerhör. Man bringt mit den Arbeitern um, wie in der Kaffee. Die Firma muß doch wissen, daß sie es mit intelligenten gelernten Arbeitern zu tun hat, die vor allen Dingen anständige Behandlung und die auch einen anständigen Verdienst verlangen. Der Herr Gaudly sollte lieber den Denunzianten hinauswerfen und einsehen lernen, daß auf diese Art das Geschäft keinen Vorteil hat, sondern eher die Firma in schlechten Ruf kommt. Ein guter Arbeiter verlangt kein Koalitionsrecht. Leider gibt es noch Arbeiter, die Schuld daran sind, daß die Arbeitsverhältnisse schlechter werden. Ohne saubere Arbeit zu liefern müssen manche darauf los, überlegen sich aber nicht, daß ihnen abgezogen wird, wenn sie über den Strang schlagen. Besonders beklüht in dieser Art soll sich der Ausfeiler Sauer gezeigt haben. Da er sich wahrscheinlich bei S. nicht wohl fühlte, verließ er die Fabrik, aber nach ein paar Wochen bettelte er sich wieder an. Kein Denunzianten aber rufen wir ja! Der größte Lump im ganzen Land“ u. s. w. Eine bekannte Bekübude, ist die Werkstätte von Meißner, Feldschlößchenstraße. Daß die Firma noch Arbeiter bekommt, wundert gar manchen. Ein intelligenter Arbeiter reißt bei den Arbeitsverhältnissen dieser Bude in ein paar Tagen wieder aus. Nur ein paar Arbeiter verdienen das, was sie inapp zum Leben brauchen. Es ist vorgekommen, daß Gütler u. f. w. 6, 8, 12 Mk. pro Woche und noch weniger verdienen. Dabei werden fortwährend noch Abzüge vorgenommen, so daß jetzt ungeheure Gärung unter den Arbeitern vorhanden ist. Wir warnen deshalb alle Bronzearbeiter davor, in einem der genannten Betriebe Arbeit zu nehmen. Wir können nur bessere Verhältnisse schaffen, wenn die Werkstätten nicht soviel Arbeitsangebote erhalten. Dazum meidet K. M. Seifert, Chemnitzstraße, und Meißner, Feldschlößchenstraße.

**Düsseldorf.**

In Nr. 42 des Regulator liesl man folgendes: „An die Adresse des Herrn Jäter-Düffelbort. Ich quittiere Ihnen hierdurch, Ihr Laborat in der Metallarbeiter-Zeitung Nr. 40 mit tiefer Achtung und Bedauern gelesen zu haben. Mein erster und letzter Gedanke war! Herr vergieb ihm, denn er weiß nicht was er tut. J. Trabert, Sekretär, Berlin.“ — Der Verlegenheitswüß, den Herr Trabert zu reifen versucht, ist alt und faul, er hilft absolut nicht über die Tatsache hinweg, daß ich ihm in einer Reihe von Fällen bewusste Unwahrheit nachgewiesen habe. G. Jäter.

**Schneidm.-Grunstall.**

Hier faugen die Unternehmer an, die ihnen unliebfaamen organisierten Arbeiter zu maßregeln. Als erster mußte der Bevollmächtigte des Metallarbeiter-Verbandes daran glauben. Seit anderthalb Jahren arbeitete er bei der Firma Karl Liebertnecht in Oberlungwüß. Da er stets für den Verband und für seine Kollegen eintrat, auch einige Wätskände in den Versammlungen kritisierte, mußte er auf Betreiben der Oberlungwüßer Fabrikanten entlassen werden. Man glaubt hier noch, mit derartigen Radejuden die sich jetzt trüchtig ersatzende Organisation vernichten zu können. In einer am 13. Oktober abgehaltenen öffentlichen Metallarbeiterversammlung sprach Kollege Jungmichel aus Chemnitz über die Maßregelung. Er führte unter anderem aus, daß die Unternehmer von jeher nur durch Gewalt wirkten. Der Arbeiter soll eben dem Hunger preisgegeben werden. Dem könnten die Arbeiter nur entgegenretzen, wenn sie sich organisieren. Es wird höchste Zeit, daß auch die hiesigen Metallarbeiter sich sämtlich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen, um ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern zu können. Deshalb, auf zur Aktion! Nicht nur einzelne sollen arbeiten, sondern alle müssen Hand anlegen.

**Konstanz.**

Wir wollen die Kollegen daruf bewahren, daß sie hier bei dem Schlossermeister Müller in der Rosenartenstraße in Arbeit treten. Bei „freier Station“ und drei Mark Wochenlohn stellt er an die Arbeiter hohe Anforderungen in bezug auf Arbeitsleistung. Unter Umständen kann es den Kollegen passieren, daß sie statt des verdienten Lohnes eine Tracht Prügel bekommen. Kein Wunder, daß die Bude einem wahren Taubenenschlag gleicht.

**Konstanz-Reuendorf.**

Wir sehen uns durch das Verhalten der hiesigen Gewerkschaftler genöthigt, noch einmal vor die Öffentlichkeit zu treten. Da die hiesigen Girsch-Zunderfchen ganz enorme Einkünfte an Mitgliedern erbeiden, so wollten sie dem Einhalt gebieten, indem sie Gleichauf bisher beriefen, damit er mit den bösen Verbändlern Abrechnung halte. Am 23. September hatte der Ortsverband eine öffentliche Generalversammlung einberufen mit der Tagesordnung: Die Streitfragen innerhalb der vorgeschriebenen Organisationen.“ Das Reskript hatte Gleichauf-Berlin. Dieser bestand es, sich und seine Bestimmungsgenossen als die mischuligsten Leute dieser Welt darzustellen; er führte die vorhandenen Differenzen nur auf die ungewüßte Wandlungsweise des Metallarbeiter-Verbandes sowie auf dessen Führer zurück. Gleichauf schämt dazugegen zu haben, daß gerade er in erster Linie das Unheil heraufbeschwor hat, und seine Bestimmungsgenossen scheinen nicht einsehen zu wollen, daß sie

das Davonlaufen ihrer Mitglieder gerade Gleichauf am allermeisten zu verdanken haben. Gleichauf stellte sich als Friedensapostel hin; er wollte Frieden stiften. Wir waren ja gar nicht abgeneigt, darauf einzugehen, jedoch nur unter der Bedingung, daß die Hirsch-Dunderfischen beiseine und erklären, daß sie gerade in letzter Zeit in jeder Hinsicht Fehler begangen haben und in Zukunft darnach streben wollen, diese Fehler gut zu machen. Als Gleichauf lange genug seine Friedensschmei geblasen hatte, erhielt als erster Redner in der Diskussion Kollege Wiefenthal-Berlin das Wort. Er führte aus, gerade heute, an dem Tage, wo Kollege Cohen zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt worden wäre, käme Gleichauf hierher und spreche von Frieden. Cohen, der für die Interessen der Arbeiter, besonders bei der Mehlisch, eingetreten wäre, erhalte jetzt als Lohn für seine Aufopferung gerade von den Gewerkevereinsführern den Dank. Er, Redner, halte den Arbeiter, der einen anderen ins Gefängnis bringt, für ein ehrloses Subjekt, und alle die, die das noch gutheißen, wären ein ehrloses Gesindel. Darob großes Petergeschrei bei den Hirsch-Dunderfischen. Der Vorsitzende des Ortsverbandes und Leiter der öffentlichen Versammlung, ein schwerhöriger Mensch, sprang auf und schrie dem Kollegen Wiefenthal zu, er möchte sofort die eben gemachten Ausführungen widerrufen. Nachdem wieder einigermaßen Ruhe eingetreten war, wiederholte er genau die Worte, ohne sie jedoch zu widerrufen. Damit war der Streik im Gange. Der Leiter der Versammlung, angespornt durch Gleichauf, entzog nun Wiefenthal das Wort, und als dieser ihm bedeutete, daß er dazu kein Recht hätte, denn er, Wiefenthal, hätte weder ihn noch sonst jemand in der Versammlung persönlich beleidigt, forderte dieser taube Mensch Wiefenthal drei mal auf, das Lokal zu verlassen, widrigenfalls er von seinem Hausrecht Gebrauch machen müsse. Die anwesenden Genossen drohten jetzt, die Versammlung aufzulösen. Wir wollten jedoch den Armen ihre Versammlung nicht sprengen und leisteten der Aufforderung des Kartellvorsitzenden, Kollegen Kroschfeldt, die Mitglieder der freien Gewerkschaften möchten in aller Eile die Versammlung verlassen, Folge. Da geschah nun der Zufall an Wiefenthal, wie es denn wäre mit den 5000 Mk. bei der Streitanlagezeit der Straßenbahner. Wiefenthal konnte, durch die Vergewaltigung mundtot gemacht, sich nicht mehr verteidigen. Da wir das Lokal verlassen hatten, verblieben von ungefähr 400 Personen wohl noch 100 Gewerkevereinsmitglieder im Lokal, und da Gleichauf unter diesen Getreuen keinen Widerspruch fand, war es ihm ein Leichtes, diese auch noch ferner zu haranguiert, so daß nach dieser Versammlung der Schriftführer des Ortsverbandes der hiesigen Gewerkevereine den Mut fand, einen Artikel im Gewerkeverein zu veröffentlichen. Aus diesem Artikel geht nur allenthalben hervor, so daß wir es nicht der Mühe wert halten, darauf einzugehen. Da der Berichterstatter des Gewerkevereins aber kurzschäftig ist, ist es leicht ersichtlich, daß er die in der Versammlung verbliebenen Getreuen doppelt gezählt hat. Nicht originell erscheint es, daß der hiesige Ortsverband der Gewerkevereine einen tauben Vorsitzenden und einen kurzschäftigen Schriftführer hat! Es mangelt ihnen also sehr an den nötigen Kräften, um solche verantwortungsvollen Ämter richtig zu versehen. — Wir sahen uns, um den Verleumdungen der Hirsch-Dunderfischen gegen uns Einhalt zu tun, genötigt, am 5. Oktober eine öffentliche Versammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: „Die Kampfweise der hiesigen Gewerkevereine.“ Das Referat zu dieser Versammlung hatte Kollege Wiefenthal-Berlin übernommen. Zu dieser Versammlung war Gleichauf schriftlich eingeladen. Aber, wie wir ahnten, so geschah es: es kam weder Gleichauf noch die sonstigen hiesigen Maulhelden der Gewerkevereine. Gleichauf suchte sich durch folgenden Brief zu entschuldigen: „Generalrat des Gewerkevereins der deutschen Maschinenbauer und Metallarbeiter. Berlin S., Orinmstr. 23, den 30. September 1903. Herrn Seifert, Nowawes. Gehrter Kollege! Im Besitz Ihres Schreibens teile ich mit, daß ich bereits am 3. Oktober eine längere Agitationsreise antrat und deshalb Ihrer Einladung nicht Folge leisten kann. Über den Grund der Störung unserer letzten Versammlung gestatte ich mir einige Worte. Wenn Arbeiter es vermeiden können (ohne Meinid), einen Führer der Arbeiter zu belästigen bei einer Gerichtsverhandlung, so müssen sie das tun, also vermeiden. Mägen aber Arbeiterzeugen solche Aussagen unter dem Zwange des Eides, glauben sie unter dem Eide nicht anders handeln zu können, dann kann man das bedauern, aber dann gleich von „ehrlösen Subjekten“ zu sprechen, das geht entschieden viel zu weit. Die Redungen unserer beiden Organisationen sollten darauf denken, wie ein gemeinsames Arbeiten möglich wird, das allein liegt im Interesse aller Arbeiter. Bei späterer Gelegenheit wäre ich gerne bereit, einer Einladung Ihrerseits zu folgen. Mit kollegialem Gruß Bittl. Gleichauf.“ — Zu bemerken ist nun, daß, wenn Gleichauf sich veranwortlich soll, er immer eine Agitationsreise antritt. So war es bei der Gewerkegerichtsverhandlung, so ist es auch hier; vielleicht tritt er bei der Verhandlung Gleichauf contra Wiefenthal auch wieder eine Reise an. Dann schreibt er noch in seinem Briefe von einem gemeinsamen Arbeiten. Weshalb handelte er denn erst eigenmächtig und selbständig in der Streitanlagezeit bei Mehlisch? Daß die Hirsch-Dunderfischen unsere Versammlung nun nicht besucht haben, ist leicht ersichtlich; haben doch die Leiter schon acht Tage vorher dafür gewirkt, daß keine ihrer Mitglieder hingehen soll, und weshalb? Weil ihre Mitglieder die Wahrheit zu hören bekämen und dann sofort ihrer Organisation den Rücken kehren würden. Zu seinem Referat deutete nun Kollege Wiefenthal den Verrat auf, den die Hirsch-Dunderfischen bisher an den Interessen der Arbeiter verübt haben. Jeder Kollege müsse einer solchen Organisation den Rücken kehren und dem Deutschen Metallarbeiter-Berband beitreten. Am Schlusse seines Referats forderte er alle Anwesenden auf, ihm Beweise zu bringen wegen der 5000 Mk.-Affäre. In der Diskussion sprach zunächst ein Gewerkevereinsmitglied Werner, der den Führern des Verbandes den Vorwurf machte, daß sie nur für Geld in den Versammlungen sprächen und vom praktischen Arbeiten überhaupt keine Ahnung hätten. Schließlich gab er noch die Weisheit zum besten, daß er gar nicht genau wisse, weshalb der ganze Streit zwischen den beiden Organisationen entstanden sei. Die folgenden Redner, die Kollegen Kroschfeldt, Malow und Dammert, unterzogen das Verhalten der Gewerkevereinsführer bei Streiks, Auspöhrungen u. s. w. einer vernichtenden Kritik. Zu seinem Schlußwort war es dem Kollegen Wiefenthal ein Leichtes, die von Werner gemachten Einwürfe zu widerlegen: er führte auch die Gründe an, weshalb der Streit der Straßenbahner in Berlin nicht zustande gekommen ist und forderte die Versammlung auf, künftig für die freien Gewerkschaften zu agitieren. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute im Lokal des Herrn Bernhard lagende öffentliche Metallarbeiter-Versammlung verurteilt das Verhalten der hiesigen Gewerkevereinsleiter auf das allerheftigste und erbitte in dem künftigen Vorgehen des Herrn Gleichauf sowie in der Handlungsweise des Bureau's in der am 21. September stattgefundenen öffentlichen Gewerkevereinsversammlung eine Verlesung des Deutschen Metallarbeiter-Berbandes sowie dessen Führer durch Gleichauf und eine Vergewaltigung der Diskussionen durch den Leiter der Versammlung, sie rechne dieses brutale Vorgehen aber dem Unverstand des letzteren sowie der Unwissenheit des letzteren zugute. Da Gleichauf zu der heutigen Versammlung schriftlich eingeladen, aber nicht erschienen ist, zeigt es nicht nur beschränkter Charakteristik, sondern auch großer Feindschaft. Die Versammlung zieht daraus die Folge, daß die Zentralorganisationsleiter und die meisten Arbeiterorganisationen sind.“ — Soeben ist aus noch der Regional Nr. 41 zugegangen, worin ein aufgewandtes Kollege in Nr. 39 der Metallarbeiter-Zeitung von einem an Olympiasieger lebenden Gewerkevereinsleiter H. B. aus Hertenborf geschrieben wird. Was scheint es aber, daß ab dieser Kohl für sie schwer verdaulich ist.

einer Werkstattdersammlung der Arbeiter der Mies-Werte in Ober-Schöneweide eine Redewendung gebraucht, die von anwesenden Mitgliedern des Hirsch-Dunderfischen Gewerkevereins schleunigst den angeblüh belästigten Personen übermittelt wurde. Durch diese Redewendung fühlten sich die Herren Gleichauf und Klavon beleidigt und erhoben Klage. Einen Vergleich, nach welchem Gleichauf eine Ehren-erklärung beanspruchte, wies Kollege Pawlowitsch wiederholt zurück. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Herren vom Gewerkeverein von ihren Mitgliebrern mit falschen oder entstellten Nachrichten bedient worden sind. Trohdem beantragte der Anwalt des Klägers gegen Pawlowitsch nicht auf Geldstrafe, sondern auf Gefängnisstrafe zu erkennen. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Heine-mann wies nach, daß der Angeklagte wohl berechtigt war, derartige Redewendungen zu gebrauchen, denn die Tätigkeit Gleichauf's beim Streik ist derart gewesen, wie sie in den Gewerkschaften nie geübt würde. Es könne gar keine Rede davon sein, daß P. mit Gefängnis zu bestrafen sei. Auch die von dem Kläger geladenen Zeugen mußten zugeben, daß die Redewendung so gelautes habe, wie der Angeklagte, und nicht, wie der Kläger angegeben hatte. Der Angeklagte Pawlowitsch sagte, daß, wenn Gleichauf hätte Klagen wollen, er Ursache gehabt hätte, dies nach der Niddorfer Gewerkevereinsversammlung zu tun, dort hätte er ihm noch viel lieber die Wahrheit gesagt. Der gegnerische Anwalt sei aber beraten, wenn er in seinem Schriftsatz sage, Gleichauf sei ein in seinen Kreisen hochgeschätzter Mann. Ein Blatt der Gewerkevereine schreibe über ihn ganz anders und halte es für äußerst bedenklich, wenn ein Arbeiterführer seine angeblich ramponierte Ehre gerichtlich reparieren ließe. Auch würde der Angeklagte nicht jemand beleidigen, der in der Versammlung nicht anwesend sei, sich also nicht verteidigen könne. Seine Meinung über die Handlung des Klägers sei heute noch die gleiche wie früher.

Da dem Angeklagten nicht nachgegeben werden konnte, daß er die Herren Gleichauf und Klavon persönlich hatte treffen wollen, so erkannte das Gericht auf Freisprechung. Es bleibe den Mitgliebrern des G.-V. unbenommen, wenn sie sich beleidigt fühlten, gegen Pawlowitsch zu klagen. Am 29. Oktober wird in derselben Sache die Klage Klavon wider Pawlowitsch verhandelt und am 28. Oktober wird die Beleidigungsklage Gleichauf wider Wiefenthal verhandelt. Vivat sequens!

Zu dieser Angelegenheit wird uns noch geschrieben: Eigentümlich mußte es berühren, daß, als der Anwalt des Herrn Gleichauf gegen Pawlowitsch unter allen Umständen eine Gefängnisstrafe erwirken wollte, Gleichauf nicht dagegen Einspruch erhob. Gewis, man kann und wird — freilich äußerst selten — dazukommen, wenn man sich verurteilt und beleidigt fühlt, den Beleidiger vor Gericht zu zitieren, um ihm so die Gelegenheit zu geben, seine Äußerungen zu beweisen — vorausgesetzt, daß man sich schuldig weiß. Es liegen verschiedene Fälle vor, wo der Kläger vor Gericht ausdrücklich betonte, daß er den Beleidiger nicht bestrafen wissen möchte, es genüge, daß die Unhaltbarkeit der Behauptungen erwiesen sei. Ein derartiges Benehmen zeugt von nobler Gesinnung. Diese kann man Herrn Gleichauf nach seinem Verhalten nicht zum Vorwurf machen! Da er das Verwerfliche seiner Handlungsweise bei Mehlisch nicht vermissen konnte, sollte der, der ihm die Wahrheit ungehörig sagte, ins Gefängnis. Das ist bezeichnend.

**Der internationale Kongress in Amsterdam.**

Das internationale sozialistische Bureau versendet die Einladung zum nächsten internationalen Kongress, der vom 20. bis 14. August 1904 in Amsterdam stattfindet. Als provisorische Tagesordnung ist festgelegt:

1. Bericht des Sekretariats;
2. Bericht der verschiedenen Nationalitäten;
3. Manbatz-Prüfung;
4. Wahl des Bureau's. — Annahme der Tagesordnung für den Kongress. — Bildung der Gruppen;
5. Allgemeine Regeln der sozialistischen Politik (Sozialistische Partei von Frankreich);
6. Generalstreik (Revolutionäre sozialistische Arbeiterpartei von Frankreich und sozialdemokratische Partei von Holland);
7. Gewerkschaftsbewegung und Politik (Die Gesellschaft der Fabrier von England);
8. Strafs- und Arbeitslosigkeit (Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten von Amerika);
9. Internationales Schiedsgericht (Unabhängige Arbeiterpartei von England);
10. Kolonialpolitik (Sozialdemokratische Föderation von England und Sozialdemokratische Partei von Holland);
11. Auswanderung und Einwanderung (Sozialistische Partei von Argentinien).

Weitere Vorschläge zur Tagesordnung sind nebst Begründung und eventuellen Resolutionsentwürfen noch vor dem 1. Dezember dieses Jahres einzuliefern. Zugleich werden die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaftsvereinigungen eingeladen, Berichte über die Bewegung und die Lage der Parteien und Organisationen bei 1900 vor dem 31. Dezember d. J. einzuliefern.

Die Berichte sind zu senden an das internationale Sekretariat, Straße, 63 Neue Spvaart.

**500000 bis 600000 Arbeiter**

sollen am dem „nationalen“ Kongress, der am 25. Oktober in Frankfurt a. M. zusammentritt, vertreten sein. Die Zahl der vertretenen Arbeiter ist jedoch völlig unkontrollierbar. Wer und was ist nicht alles Mitglied der betreffenden Vereine? Von den evangelischen Arbeitervereinen ist es vor einiger Jahren festgestellt worden, daß ein großer Teil der Mitglieder nicht dem Arbeiterstand angehört, daß sich die Mehrzahl aus anderen Kreisen rekrutiert. Und wie steht es mit den Vereinen katholischer Observanz? Da gibt es katholische Arbeitervereine, christliche (interkonfessionelle) und katholische Gewerkschaften, Eisenbahnvereine. Nun sieht aber fest, daß viele Arbeitervereine auch Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und der Eisenbahnvereine sind. Diese Mitglieder werden unter Umständen zwei- und dreimal gezählt! Und durch ein solches Freneimmaleins wird natürlich eine Zahl von Mitgliedern gewonnen, mit der man der Öffentlichkeit Sand in die Augen streut. Wenn man genau nachprüfen würde und könnte, dann würde sich herausstellen, daß alles in allem höchstens 250000 bis 300000 Arbeiter bei dem Frankfurter „nationalen“ Kongress in Frage kommen. Man lasse sich also durch den Lärm, der nun infolge dieses Kongresses erhoben wird, nicht irreführen.

**Der „Deutsche Arbeiterkongress“ im Lichte des Herrn Mann.**

Das Schrundenland der christlichen Gewerkschaften, Herr Lic. Mann in Berlin, plaudert über den wahren Zweck des geplanten deutschen Arbeiterkongresses in Frankfurt a. M. im Evangel. Arbeiterboten (Nr. 3) aus der Schule. Nachdem er alle „nichthsozialdemokratischen“ Verbände aufgezählt, die an diesem Kongress teilnehmen wollen, heißt es: „Alle diese Verbände wollen in einer machtvollen Rundgebung beweisen, daß sie treu zu Kaiser und Reich stehen. Und wenn dann als Vorsitzender der Tagung der aus der evangelischen Arbeitervereinsbewegung hervorgegangene Generalsekretär Franz Behrens die Delegierten zu einem Hoch auf unseren Kaiser auf-fordert, wird es durch alle deutsche Lande hindurchgehen.“ Die Königstreue Arbeiterpartei ermannet sich; es beginnt der Entscheidungskampf zwischen ihr und den anti-monoarchischen sozialdemokratischen Scharen.

Als eine Voraussetzung der deutschen Gewerkschaften zum Entscheidungskampf soll der Kongress sein, bemerkt das Korrespondenzblatt. In die Stelle der heimlichsteckten Verpöhrung der Arbeiter soll nun der offene Bruch mit Kaiser und Reich treten. Arbeiter sollen unter den Postenanschlüssen der Königstreue und Vaterlandsliebe gegen Arbeiter geführt werden. Zum Wohle des Unternehmens, das in patriotischen Phrasen überfließt und ausländische Lohnbrüder ins Land heranzieht. Und zu diesem Zweck wird eine Tagesordnung aufgestellt, in der freies Konfessions-, Vereins- und Versammlungsrecht, sowie korporationsrechtliche für Berufsvereine und Arbeiterkammern gefordert wird. Henschlerlich wird der Arbeiterpartei Sand in die Augen gestreut und der reaktionäre Kongresszweck hinter einen

freiheitlich aussehenden Programm verdeckt. Aber was die Herren Geberts und Genossen sorgsam in leuchtem Busen bewahren, das plaudert Herr Mann in seiner angeborenen Wohlhablichkeit fröhlich weg aus der Schule. Die Macher dieses Arbeiterkongresses mögen sich bei ihrem Konstante terrible bedanken, wenn ihr schöner Plan vorzeitig dem Fluche der Lächerlichkeit verfällt.

**Aus dem allerchristlichsten Lager.**

Die katholischen Gewerkschaften sucht man jetzt auch im Siegerland einzuführen. Die Rheinische Volkszeitung ist von diesem Einbruch in die Domänen der christlichen Gewerkschaften nicht erbaut und gibt in einer Zuschrift aus dem Siegerland them Anmut über diese Sonderbestrebungen Ausdruck. Das schöntste an der Geschichte ist aber, daß diese Propagierung der katholischen Gewerkschaften in einer Versammlung des katholischen Volksvereins erfolgt ist. Die Leiter des Volksvereins sind über diese Weisheitslebung ihrer Schöplinder, der interkonfessionellen christlichen Organisation, ganz wütend. In der erwähnten Zuschrift an die Volkszeitung heißt es, nachdem die Rede eines Herrn Treib, Sekretärs der katholischen Arbeitervereine erwähnt worden ist: „Es kann nicht schärf genug verurteilt werden, daß Versammlungen des katholischen Volksvereins dazu benutzt werden, um eine Frage zu behandeln, welche die Herzen des katholischen Arbeiters in Ihren Gemeinden einzureißen, welche die Spaltung der Arbeiter in Ihren gemeinsamen Interessen herbeiführt. Der Volksverein für das katholische Deutschland hat im letzten Jahre im Siegerlande einen großen Zuwachs an Mitgliedern erfahren, namentlich aus dem Arbeiterland, der fast ganz dem christlichen Gewerkeverein angehört. Eine solche Benutzung der Volksvereinsversammlungen muß die Arbeiter dem Verein entfremden.“

Als Antwort darauf sind der Rheinischen Volkszeitung zwei weitere Zuschriften zugegangen, eine vom Pfarrer Wertzbach, dem Leiter jener Versammlung, und eine zweite vom Sekretär Pfarrer Treib. Herr Wertzbach schreibt unter anderem ziemlich bissig: „Daß in den Versammlungen des Volksvereins für das katholische Deutschland die Fragen über katholischen Arbeitervereine nicht besprochen werden sollen oder dürfen, war mir bisher unbekannt. Herr Treib verwahrt sich gleichfalls entschieden dagegen, daß ob etwa die Agitation für katholische Gewerkschaften im Volksverein verboten sei, und er meint, dann könnte man viel eher die Agitation für die interkonfessionellen Gewerkevereine verbieten. Die Rheinische Volksstimme, ein Zentrumsblatt, druckt alle drei Zuschriften ab und fügt hinzu:

„Wir haben diese Zuschriften mörktlich zum Abdruck gebracht, um zu zeigen, wie weit die Annäherung der Gladbacher Herren und ihrer Hintermänner geht. Dem bekannten Hirtenschreiben gegenüber, das sich gegen die interkonfessionellen Gewerkevereine ausdrückt, haben die Gladbacher Herren einen sehr entschiedenen Protest entgegengesetzt, jetzt deklarieren sie schon, wie Figura zeigt, daß im katholischen Volksverein über katholische Gewerkschaften nicht einmal gesprochen werden darf. Man sieht, wie die Herren mit einem bischöflichen Pastoralen unspringen! Und mit welchem Rechte führt der Verein noch den Titel Katholischer Volksverein, wenn es in seinen Versammlungen nicht gestattet ist, über katholische Angelegenheiten zu reden?“ — Es ist hart für die Volksvereinsler, so was hören zu müssen. Aber die Besorner der katholischen Gewerkschaften haben — wir haben das oft genug ausgeführt — nicht nur die Bischöfe, sondern auch die Konsequenz auf ihrer Seite. Denn wenn nun einmal gespalten werden soll in gläubige und „ungläubige“ Arbeiter, dann auch gleich weiter in katholische und evangelische.

**Christliche Versöhnung.**

In Nachen fand am 11. Oktober zur Beratung über die Vereinigung der beiden „christlichen“ Metallarbeiterverbände eine gemeinsame Sitzung statt von Mitgliedern der Vorstände erhen des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes (Sitz Duisburg), zweitens des Zentralverbandes christlicher Metall- und Hüttenarbeiter (Sitz Siegen), drittens des Ausschusses vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. Man einigte sich laut Rheinischer Volkszeitung darauf, daß mit dem 15. November die Mitglieder des Verbandes in Siegen dem Verband in Duisburg zugeführt werden. Wieder (Duisburg) bleibt dort Vorsitzender des Verbandes und Reaktor des Vereinsorgans. Dagegen werden den Angehörigen des Verbandes in Siegen von zwölf Vorstandsmitgliedern fünf zugestanden, darunter der zweite Vorsitzende.

**Rohstoffstatistik im Saarrevier.**

Wie die Rheinisch-westfälische Zeitung mittelt, will die Handelskammer in Saarbrücken eine Statistik der Löhne der gelernten und ungelerten Arbeiter im Saargebiet dem nächsten Jahresbericht einfügen. Die Erhebungen werden von der Handelskammer und der Südwestdeutschen Eisenberufsgenossenschaft vorgenommen, von letzterer für die Eisenindustrie, von ersterer für die übrige Industrie. Ferner soll im nächstjährigen Handelskammerbericht eine Darstellung aller Wohlfahrtsleistungen des Saargebiets, die im Interesse der Arbeiter geschaffen wurden, gegeben werden. Durch eine solche Statistik würde sich, wie es heißt, nachweisen lassen, daß der gelernte Industriearbeiter Löhne bezieht, die mit denen des ungelerten Arbeiters gar keinen Vergleich zulassen. Die Kammer ist der Ansicht, daß aus der Klasse der Industriearbeiter ein neuer Mittelstand im Entstehen begriffen, zum Teil sogar bereits vorhanden sei.

Nach dieser Ankündigung kann man sich wieder auf ein Meisterwerk der Schönfärberei gefaßt machen.

**Die Gewerkegerichtsahlen in Offen**

sind auf den von dem christlichen Agitator Kloss erhobenen Einspruch für ungültig erklärt worden. Als Grund sind die unzulänglichen Wahllokale angegeben. Dafür können doch die Wähler nicht; auch erscheint es mehr als zweifelhaft, daß dadurch in der Hauptsache nur christliche Arbeiter sollen an Wahlen verhindert worden sein. Jedoch, Gründe sind bekanntlich billig wie Brombeeren. Die Essener Arbeiter werden also den Christlichen aufs neue beschheimigen müssen, daß ihre unumschränkte Herrschaft, die sie bis jetzt in Essen ausübten, ein Ende hat.

**Sächsisches.**

Zimmer neue Städchen passieren in Sachsen. Das Dresdener Stadtverordnetenkollegium hatte beschlossen, daß die Dresdener städtischen Arbeiter keiner Wirtschaftsgenossenschaft, also keinem Konsumverein, angehören dürfen. Die Sächsischen Arbeiterzeitung schlug mit Recht tüchtigen Lärm, als dieser Beschluß das Licht der Öffentlichkeit erblickte. In Versammlungen wurde energig Stellung dagegen genommen, und weit über Sachsens Grenzen hinaus ist in der wortteillosen Presse das zoroische Gebaren scharf gemißbilligt worden. Diese wichtige Kritik hatte den Erfolg, daß der Stadtrat später die fragliche Bestimmung aus dem Entwurf ausmerzte und ihn nun an die Stadtverordneten zurückgab.

Monate sind darüber ins Land gegangen. Am 8. Oktober haben die Stadtverordneten endlich über die Sache entschieden. Und da hat sich denn das Ungeheuerliche ereignet, daß die Stadtverordneten gegen nur sieben Stimmen das vom Rat zurückgezogene Konsumvereinsverbot wieder in die Vorlage aufgenommen haben. Sollte man es glauben! Wirkungslos ist die reichliche und scharfe Kritik an dem unmariklichen Startinn dieser Stadtväter hzuntergegangen. Ein Kaufmann, Führer der Konsumvereinslöser-Bewegung in Dresden, ging in seinem blinden Haß so weit, die Polizei gegen die Konsumvereine aufzurufen, weil diese watschentlich (?) an Nichtmitgliebrer verkaufen. Das ist stark! Noch dazu, wenn für ein solch niedriges Vorgehen jede tatsächliche Unterlage fehlt. Die Arbeiterzeitung hat leider noch keine Vertretung im Stadtverordnetenkollegium. So konnte der unzählige Beschluß ohne die nötige energigche Opposition gefaßt werden.

Die Sächsischen Arbeiter-Zeitung rät den städtischen Arbeitern, sich einfach nicht an die Bestimmung zu kehren, wenn sie befehlen bleiben sollte. Das Konsumvereinsverbot verstößt gegen die guten

**Rundschau.**

**Ein böser Revanell.**

Am 18. Oktober kam vor dem Schöffengericht in Berlin die Beleidigungsklage zur Verhandlung, die der Sekretär des Hirsch-Dunderfischen Gewerkevereins, Wilhelm Gleichauf, gegen seinen Kollegen Pawlowitsch erhoben hatte. Pawlowitsch hatte bei

Sitten im Sinne des bürgerlichen Gesetzbuches. Derartige Bestimmungen sind ungültig, wenn sie den Arbeitern in einer Arbeitsordnung oder sonstwie ausgenutzt werden.

Ein Akt größter Polizeibrutalität.

So wird der Mannheimer Volksstimme geschrieben, trug sich dieser Tage in Pforzheim zu. Johann Denzler, von Geburt ein Schweizer, der bereits seit fünf Jahren ununterbrochen in der Zuberfabrik von Richter & Co. (Aktiengesellschaft für Metallindustrie) als Dreher beschäftigt war, eine Familie mit neun Kindern besitzt und jeberzeit ein fleißiger und tüchtiger Arbeiter war, was ihm selbst seine Arbeitgeber bestätigten, erhielt plötzlich Ausweisungsbefehl.

Vor Schwindelfäher darf in der Presse nicht gewarnt werden.

Der verantwortliche Redakteur des Volkswillen in Hannover, Genosse Leinert, hatte in einem Artikel das Geschäftsgeheben einer Hilfskassenklasse Union in scharfer Weise kritisiert und ausgeführt, daß die gekennzeichnete und polizeilich aufgelöste Krankenkasse Union eine würdige Nachfolge in einer unter der Bezeichnung Thalia ins Leben gerufenen Krankenkasse erhalten habe.

Vom Ausland.

Schweiz.

Unsere Schweizer Unternehmer sind bekanntlich, wie alle Unternehmer, gute Patrioten. Sobald es sich aber um den Profit handelt, d. h. sobald der Nationalismus rentabler ist als der Patriotismus, verschwinden bei ihnen die patriotischen Gefühle.

und Schaden bewahrt. Die Firma Gebrüder Bähler, Maschinenfabrik in Hämwil, ist eine von ihnen. Diese Firma ist unter den Schweizer Arbeitern längst wegen ihrer Rücksichtslosigkeit und Brutalität bekannt und „berühmt“.

Die andere Firma ist die Fabrik Vogt-Gut in Arbon. Fortwährend sucht diese in- und hauptsächlich in ausländischen Zeitungen Arbeiter. Gar mancher, der arbeitslos ist oder der seine Existenz verbessern will, läßt sich verleiten und reist aus „Geratenwohl“ in der Meinung, Beschäftigung zu finden, hierher.

Die Bestrebungen dieser beiden Firmen, durch Agenten und Inserate Arbeiter anzulocken, haben einzig den Zweck, die Bemühungen unserer Organisation zur Sanierung und Verbesserung der Verhältnisse in diesen Geschäften zu verhindern.

Osterreich.

Vom sozialen Kriegsschauplatz der österröichischen Metallarbeiter ist zu melden, daß der Streik der Arbeiterinnen des Vizepräsidenten des Industriellenbundes, Herrn Better, mit einem nicht zu unterschätzenden Erfolg endete.

England.

Über die Hufschmiede Englands enthält die Schmiedezzeitung folgende Mitteilungen: Bis zum Jahre 1902 bestanden vier getrennte Gewerkschaften und zwar an folgenden Plätzen: in der Grafschaft Yorkshre und Lancashire die nationale Gesellschaft, dann in Liverpool, Glasgow und London, also nur in den allerbedeutendsten Industriezentren, waren Organisationen vorhanden.

Die für die Beiträge eintretenden Leistungen sind etwas umfangreicher als bei uns, was weiter nicht Wunder nehmen will, da ja doch England das klassische Land für ausgebreitetes Unterstützungs-wesen ist. Die Unterstützung tritt ein bei Arbeitslosigkeit, Wander-schaft, bei Streiks oder Ausperrungen, für Rechtskosten, für dauernde Arbeitsunfähigkeit, beim Tod eines Mitgliedes oder seiner Frau.

Für die Krankenunterstützung ist eine besondere Krankenkasse vorhanden, die gesonderte Beiträge erhebt und zwar in Höhe von 5 d (zirka 40 Pf.) wöchentlich. Jedoch ist wohl zu beachten, daß die Krankenkasse ein Teil des Verbandes und mit ihm auf das innigste verbunden ist.

her wieder zur Evidenz bewiesen, daß nur eine kräftige Organisation insande ist, den Arbeitern des Berufs dauernden Nutzen in Gestalt erhöhten Lohnes und verkürzter Arbeitszeit zu verschaffen.

Die Kollegen der englischen Hufschmiedgewerkschaften sind in zwei Klassen eingeteilt und zwar: in die Feuerleute (Schirrneister) und in die Türlente (Beschlagschmiede). Die Feuerleute fertigen die Eisen, richten dieselben zu und passen sie auf. Die Türlente bereiten die Hufe vor (schneiden aus) und schlagen die Eisen auf, haben jedoch auch nach dem Feuer zu sehen und müssen beim Schmelzen zuschlagen, sie sind also zugleich auch Stochfelle.

Vergleichen wir nun Arbeitszeit und Lohn mit den deutschen Verhältnissen, o Welch ein gewaltiger Kontrast! Hier im günstigsten Falle (Berlin) die zehnkündige Arbeitszeit, dort (London) als solche die achtkündige Arbeitszeit; bei uns draußen im Lande 12, 13 oder 14 Stunden pro Tag, womöglich noch darüber hinaus, und dort 10 Stunden pro Tag in dem entlegensten Winkel.

Zur Verwaltung der Geschäfte respektive zwecks Durchführung einer intensiven Agitation sind ein Generalsekretär und zwei Agitations- und Organisationsbeamte fest angestellt, von den letzteren der eine im Norden, der andere im Süden Englands, welche ihre ganze Kraft in den Dienst der Sache stellen.

Nun auch ein paar Worte über die Arbeitgeber. Die Organisation der Arbeitgeber ist die seit zirka 250 Jahren bestehende „ehrwürdige Gesellschaft der Hufschmiede“ (Zunft) mit einem Jahres-einkommen von zirka 4900 Mk. Besonders bemerkenswert ist, daß die übergroße Mehrzahl derselben gar keine Hufschmiede sind, sondern Geschäftsleute, welche ohne besondere Fachkenntnisse das Gewerbe betreiben.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(S. 29).

Bekanntmachung.

Falls sich das Mitglied Johann Eckert, 142677, in einer Filiale anmeldet oder schon gemeldet hat, ersuchen wir die betreffende Ortsverwaltung, uns davon sofort Nachricht zu geben.

Folgenden Mitgliedern konnte der erfolgte Ausschluß nicht gestellt werden: G. Ebner, 123935; A. Friedrich, 139252; A. Kirck, 113040; C. Schuchardt, 136093; L. Gbel, 112200; G. Reutem, 84594; S. Schlangel, 111969; R. Böhn, 87792; A. Wilms, 123882 und S. Schulz, 149473.

Hamburg, den 10. Oktober 1903. Der Vorstand.

Abrechnung der Hauptkasse pro September 1903.

Einnahmen:

- Kassenbestand vom August 1902 1219200.41. Von Adlerhof 50. Altbeffel 22. Altchemnitz 100. Altengagen 200. Altfeilendorf 120. Altona 120. Altwasser 100. Amberg 200. Annen 200. Apolda 100. Adersleben 100. Attendorn 150. Baden-Baden 100. Baugen 70. Behringen 80. Beleda 80. Berghausen 50. Berlin II 1000. Bielefeld 300. Bischheim 150. Bischofsheim 60. Bischofsmerda 200. Bötzingen 80. Bockenheim 200. Bonn 50. Brafe a. d. R. 70. Bremerhaven 200. Breslau 100. Bruchsal 200. Buchholz 75. Bübelsdorf 200. Bulach-Weierheim 200. Buntlau 80. Burbach-Malsatt 100. Busendorf 50. Cöln-Bienendorf 75. Cöln-Poll 60. Cöln-Niehl 40. Cörne 30. Cöthen 100. Coswig 75. Dahl a. d. R. 60. Dalldorf 100. Danzig 50. Delfern 300. Dingelstädt 50. Dinkelsbühl 39.70. Dinslaken 200. Döbeln 50. Döhren 100. Dorp-Grünwald 75. Dresden-Neustadt 200. Durlach 250. Ebertleben 30. Ebingen 100. Ehrenfeld 200. Eilenburg 75. Einfal 50. Eisenach 100. Eisingen 100. Eller 100. Elsterwerda 60. Feuerbach 250. Fernersleben 175. Flöngern 400. Frankenthal 450. Frankfurt a. d. O. 90. Freudenberg 56. Friedrichsdorf 60. Friedrichsdorf 200. Friedrichs-walde 200. Friedrichshagen 100. Frohnhausen 60. Fürstent-walde 200. Girtmungen 50. Gassen-Sommerfeld 100. Gesele-münde 100. Geithelm 30. Gerresheim 200. Günheim 70. Glas 47. Götha 80. Godesberg 40. Gorbiz 200. Görlich 200. Greven-broich 100. Grumma 95. Groß-Buchholz 100. Gröningen 100. Gscheindach 100. Gummersbach 200. Habkirchen 30. Hall-Schwab. 30. Gamburg-Stadt 200. Gamburg-Gimsbüttel 120. Gamburg-Roth-enbergt 100. Gamm i. R. 300. Gausen b. L. 150. Gagnau 50. Gerdert 100. Heidesheim 70. Heidenau 100. Heibingfeld 50. Heiligenhaus 60. Hilben 160. Hörde 200. Hof 25. Hohenlimburg 50. Holzken 100. Humbold-Colonie 250. Jauer 80. Jmmigath 50. Jmmen-dingen 100. Jungoldstadt 100. Kaiserwerth 70. Kais. 75. Karlsruhe 500. Kitzingen 50. Klein-Otterstedten 50. Koffelscheid 80. Königsberg 200. Königshofen 100. Kottheim 100. Kray 80. Krefeld 100. Kulmbach 80. Lahr i. B. 100. Landsberg a. L. 80. Landsberg a. d. R. 60. Langen 50. Langendreer 200. Langenei 29.95. Lechhausen 200. Leisnig 35. Leithmathe 100. Leiznig 120. Limbach 100. Limburg 80. Linnar 100. Lindau 50. Linde 300. Lippstadt 80. Löttau 200. Loschwitz 100. Ludenwalde 100. Ludwigsburg 100. Ludwigschafen 100. Lugau 40. Mainz 150. Mannheim 300. Martranstädt 120. Meegen 80. Meiderich 100. Memmingen 100. Merfeld 140. Merfeld 100. Minden i. R. 50. Moorlautern 150. Mühlhausen 200. Mühlhausen i. Th. 300. Mühlhof 30.75. Mülheim a. Rh. 300. Mülheim a. d. R. 100. Mümling-Grumbach 29.67. Münster i. B. 50. Nütz 16.45. Neu-Fleury 50. Neumarkt 50. Neureuth 100. Neuz. 200. Neuwied 100. Nieder-Ingelheim 130. Niefern 50. Nollingen 100. Nowawes-Neuworf 100. Oberlar 50. Ober-weiteritz 80. Oberstein 44.90. Oberthausen 200. Oehringen 75. Oelde 82.45. Oldenburg 100. Oschersleben 30. Osterholz-Scharm-bek 81.84. Ozen u. L. 53.78. Paderborn 70. Pforz 50. Plag-witz 400. Plauen b. D. 190. Plauen i. B. 100. Plethenberg 180. Pöschappel 250. Potsdam 200. Rabenau 150. Rabenau 150. Raatz 200. Ratingen 300. Rautheim 50. Raupel 50. Ravens-burg 80. Reichenbach i. B. 50. Reichenbach 80. Reichenbach 200. Reiskirchen 173.10. Reinscheid 500. Reudersdorf 100. Reppen 58.

Metallarbeiter-Zeitung. Inhalt des Heftes: Rheinland 100. Niefa 70. Rheinhell 200. Niddorf 400. Röhre 74. ...

Kirchen 100. Rülldorf 50. Roth a. S. 100. Klippurr 100. Sachsenhausen 76. Schlader 100. Stolberg (Rheinland) 50. ...

geschmacklose Offiziersweise bietet, sondern satirisch gewürzte Erlebnisse der Mannschaften in humorvoller Weise erzählt. ...

Gürtler und Metallbrücker Berlin! Wie und von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, bemühen sich auswärtige Metallwarenfabrikanten, namentlich solche in England, durch Agenten und brieflich in Deutschland Arbeitskräfte anzutreiben. ...

Inhalt von Nr. 43. Vor 25 Jahren. — Die preussischen Landtagswahlen und die Arbeiterinteressen. — Die Verhältnisse im heutigen Herbergsweien der deutschen Gewerkschaften. ...

Ausgaben: Nach: Malen 100. Wieshof 75. Altdorf I 200. Alte-Vlenhadt-Plageburg 150. Wamburg 100. ...

Bilanz: Einnahmen . . . . . M. 1257 345,58 Ausgaben . . . . . 15 060,12

Literarisches. Von den Dokumenten des Sozialismus, herausgegeben von Ed. Bernstein (Stuttgart, Dietz-Verlag) ist soeben das zehnte Heft des III. Bandes erschienen. ...

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen. (Zu allen Versammlungen werden Mitglieder aufgefordert.) Malen, Samstag, 31. Okt., abends 8 Uhr, im „Stern“.

Heidelberg (Allg.) Samstag, 31. Okt., vorm. halb 12 Uhr, i. Generalschaftshaus. Heilbrunn, Samstag, 31. Okt., abends halb 9 Uhr, bei H. Krause, ...

Singen a. S. Samstag, 31. Okt., abends 8 Uhr, in der „Germania“. Sigmaringen, Samstag, 31. Okt., abends halb 9 Uhr, bei Joh. J. „Stern“.

Loss Gewinndeschneiden. Die Buchdruckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unter der Firma Alexander Schlicke & Co. Stuttgart, Rötterstrasse 16 B.

Metallarbeiter-Notizkalender 1904. Unentbehrliches Notiz- und Nachschlagewerk für alle Verbandsmitglieder. Preis i. Verbandsmitgl. 50 Pf., für Nichtverbandsmitgl. 75 Pf. pro Stück.

Vorarbeiter für Metalldreherei gesucht! Wir suchen per 1. Dezember event. per 1. Januar einen zuverlässigen, tüchtigen Vorarbeiter. ...